



Ministerium der Finanzen  
des Landes Brandenburg

**Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“  
des Landes Brandenburg  
für das Jahr 2007**

## **Fortschrittsbericht „Aufbau Ost“ des Landes Brandenburg für das Jahr 2007**

<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b> .....	<b>4</b>
<b>I. GEGENSTAND DES FORTSCHRITTSBERICHTES</b> .....	<b>5</b>
<b>I.1 Rechtliche Grundlage</b> .....	<b>5</b>
<b>I.2 Methodische Vorgehensweise</b> .....	<b>6</b>
<b>II. DEMOGRAPHISCHE, SOZIALE UND ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN IM LAND BRANDENBURG</b> .....	<b>7</b>
<b>II.1 Demographische Entwicklung des Landes Brandenburg</b> .....	<b>7</b>
<b>II.2 Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit</b> .....	<b>9</b>
<b>III. FINANZWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER LANDES - UND KOMMUNALHAUSHALTE EINSCHLIEßLICH BEGRENZUNG DER NETTONEUVERSCHULDUNG</b> .....	<b>13</b>
<b>III.1 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf Landesebene</b> .....	<b>13</b>
III.1.1 Die Ausgaben auf Landesebene .....	13
III.1.2 Die Einnahmen auf Landesebene .....	18
III.1.3. Verschuldung, Finanzierungssaldo, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Nettoneuverschuldung auf Landesebene.....	19
<b>III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf Gemeindeebene</b> .....	<b>21</b>
III.2.1 Die Ausgaben auf Gemeindeebene .....	21
III.2.2 Die Einnahmen auf Gemeindeebene .....	26
III.2.3 Verschuldung, Finanzierungssaldo und Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Nettoneuverschuldung der kommunalen Ebene .....	28
<b>III.3 Ausgaben und Einnahmen auf der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene</b> .....	<b>30</b>
III.3.1 Die Ausgaben im Land insgesamt.....	30
III.3.2 Die Einnahmen im Land insgesamt.....	32
III.3.3 Verschuldung, Finanzierungssaldo und Zinsausgabenentwicklung im Land Brandenburg .....	32
<b>III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklungen in Brandenburg</b>	<b>33</b>
<b>IV. VERWENDUNG DER SONDERBEDARFS-BUNDESERGÄNZUNGSZUWEISUNGEN IM BERICHTSJAHR 2007</b> .....	<b>35</b>
<b>IV.1 Maßnahmen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten bei Investitionen</b> .....	<b>35</b>
<b>IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft</b> .....	<b>37</b>
<b>IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ</b> .....	<b>42</b>

<b>IV.4 Teilungsbedingte Sonderlasten außerhalb des SoBEZ-Nachweises .....</b>	<b>43</b>
IV.4.1 Aufwendungen im Rahmen des AAÜG.....	43
IV.4.2 Kommunale Altschulden .....	44
<b>IV.5 Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur und Haushaltskonsolidierung.....</b>	<b>44</b>
<b>V. MAßNAHMEN ZUR SCHLIEßUNG DER INFRASTRUKTURLÜCKE.....</b>	<b>46</b>
<b>V.1 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke .....</b>	<b>46</b>
<b>V.2 Zusammenfassendes Fazit zur Investitionstätigkeit im Berichtszeitraum.....</b>	<b>49</b>
<b>VI. LEISTUNGEN DES BUNDES IM RAHMEN DES KORBES II DES SOLIDARPAKTES II.....</b>	<b>50</b>
<b>VII. ZUSAMMENFASSENDE BEWERTUNG.....</b>	<b>52</b>

Anhang

## Abkürzungsverzeichnis

AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
äE	äußerer Entwicklungsraum
BB	Brandenburg
BE	Berlin
BEZ	Bundesergänzungszuweisungen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BWS	Bruttowertschöpfung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EU	Europäische Union
eV	engerer Verflechtungsraum
EW	Einwohner
FAG	Finanzausgleichsgesetz
Fehl-BEZ	Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen
FFW	finanzschwache westdeutsche Flächenländer
FO	ostdeutsche Flächenländer
GA	Gemeinschaftsaufgabe
GG	Grundgesetz
ggü.	gegenüber
HB	Hansestadt Bremen
HGF	Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren
HH	Hansestadt Hamburg
HGr.	Hauptgruppe
IfG	Investitionsförderungsgesetz „Aufbau Ost“
LFA	Länderfinanzausgleich
LHO	Landeshaushaltsordnung
NI	Niedersachsen
NKA	Nettokreditaufnahme
OGr.	Obergruppe
PoIBEZ	Bundesergänzungszuweisungen für Kosten der politischen Führung
RP	Rheinland-Pfalz
SanBEZ	Sanierungs-Bundesergänzungszuweisungen
SFG	Solidarpaktfortführungsgesetz
SGB	Sozialgesetzbuch
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SoBEZ	Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen
ukF	unterproportionale kommunale Finanzkraft
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
ZDL	Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

## I. Gegenstand des Fortschrittsberichtes

### I.1 Rechtliche Grundlage

Das Land Brandenburg (BB) und die anderen ostdeutschen Länder einschließlich des Landes Berlin bezogen im Rahmen des Solidarpakts I für den Zeitraum 1995 bis 2004 vom Bund „Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen“ (SoBEZ) jährlich i. H. v. 7,158 Mrd. € sowie im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) jährlich 3,375 Mrd. €. Diese Mittel wurden gewährt zum

- Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums,
- Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (ukF) sowie zum
- Abbau „teilungsbedingter“ Sonderlasten.

Im Jahr 2001 wurde im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zum bundesstaatlichen Finanzausgleich eine Fortführung des Solidarpakts über das Jahr 2004 hinaus beschlossen und im Solidarpaktsfortführungsgesetz (SFG) vom 20.12.2001 gesetzlich festgeschrieben. Damit erhalten die ostdeutschen Länder für die Jahre 2005 bis 2019 eine langfristige Planungsgrundlage. Kernelemente des Solidarpakts II sind:

- a) Zusammenfassung der IfG-Mittel in Höhe von jährlich 3,375 Mrd. € mit den bisherigen SoBEZ bereits ab dem Jahr 2002 (Art. 1 Abs. 2 SFG).
- b) Fortführung der SoBEZ einschließlich der ehemaligen IfG-Mittel mit einem gegenwärtigen Gesamtvolumen in Höhe von 10,533 Mrd. € jährlich über das Jahr 2005 hinaus bis einschließlich zum Jahr 2019, dabei setzt ab 2006 eine allmähliche, ab 2009 eine spürbare Degression der Mittel ein. Dieser so genannte „Korb I“ umfasst über die gesamte Laufzeit des Solidarpaktes II einen Betrag in Höhe von 105,3 Mrd. €. Der Anteil des Landes Brandenburg beträgt ab 2005 rd. 14,3 %. Diese Anteilsberechnung für BB bleibt bis zum Auslaufen der SoBEZ in 2019 bestehen (FAG §11 Abs. 3). Insgesamt hat das Land Brandenburg bis einschließlich 2004 aus dem Solidarpaket I Mittel in Höhe von 14,935 Mrd. Euro erhalten. Aus dem Korb 1 des Solidarpaktes II stehen für die Jahre 2005 bis 2019 Mittel in Höhe von 15,090 Mrd. € bereit (vgl. Tabelle I.1).
- c) Jährliche Berichterstattung über die zweckentsprechende Verwendung der SoBEZ im Rahmen der dem Finanzplanungsrat zu seiner Herbstsitzung vorzulegenden Fortschrittsberichte „Aufbau Ost“. In diesen ist mit Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG § 11 Abs. 3) seit dem Jahr 2005 Auskunft zu geben über die Verwendung der Mittel:
  1. zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und
  2. zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft.
- d) Zusage des Bundes zu überproportionalen Leistungen von bis zu 51 Mrd. € für den Aufbau der ostdeutschen Länder während der Laufzeit des Solidarpaktes II (Korb II). Die Bundesregierung hat erstmals in der Sitzung des Finanzplanungsrates im November 2007 über die Korb II-Leistungen in den Jahren 2005 und 2006 berichtet.

**Tabelle I.1:** Zuweisungen aus SoBEZ (einschließlich IfG-Mittel<sup>1)</sup>) an das Land Brandenburg und die ostdeutsche Länder insgesamt im Zeitraum von 1995 bis 2019 in Mio. €

	<b>Ostdeutsche Länder insgesamt</b>	<b>Land Brandenburg</b>
1995 bis 2004 <sup>2)</sup>	10.532,61	1.493,48
2005	10.532,61	1.509,00
2006	10.481,48	1.501,67
2007	10.379,23	1.487,02
2008	10.225,84	1.465,05
2009	9.510,03	1.362,49
2010	8.743,09	1.252,61
2011	8.027,28	1.150,06
2012	7.260,35	1.040,18
2013	6.544,54	937,63
2014	5.777,60	827,75
2015	5.061,79	725,20
2016	4.294,85	615,32
2017	3.579,04	512,77
2018	2.812,11	402,89
2019	2.096,30	300,33
1995 – 2019	210.652,24	30.024,77
1995 – 2004	105.326,10	14.934,80
2005 – 2019	105.326,14	15.089,97

<sup>1)</sup> Dargestellt ist die in den Gesetzen vorgesehene Mittelvergabe. Bei den IfG-Mitteln gab es durch den unterschiedlichen Mittelabruf Abweichungen im tatsächlichen Mittelzufluss an die ostdeutschen Länder in den einzelnen Jahren.

<sup>2)</sup> per annum

Quellen: IfG, FAG, SFG

## I.2 Methodische Vorgehensweise

Die finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg und seiner Kommunen sowie die Fortschritte beim Abbau der nach wie vor erheblichen infrastrukturellen Defizite können nur vor dem Hintergrund der ökonomischen und demographischen Entwicklungen des Landes richtig eingeschätzt werden. Aus diesem Grund wird in den Berichten ein Analysezeitraum von fünf Jahren (hier seit dem Jahr 2003) zugrunde gelegt. Eine Retrospektive auf den Zeitraum seit Beginn des Solidarpakt I im Jahr 1995 wurde im Fortschrittsbericht des Landes Brandenburg für das Jahr 2002 dargestellt.

Die Datengrundlage basiert auf den vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) zusammengestellten Eckdaten zur Erstellung der Fortschrittsberichte nach dem endgültigen Haushaltsabschluss des Jahres 2007, auf Daten der Kassenstatistik sowie der VGR der Länder.

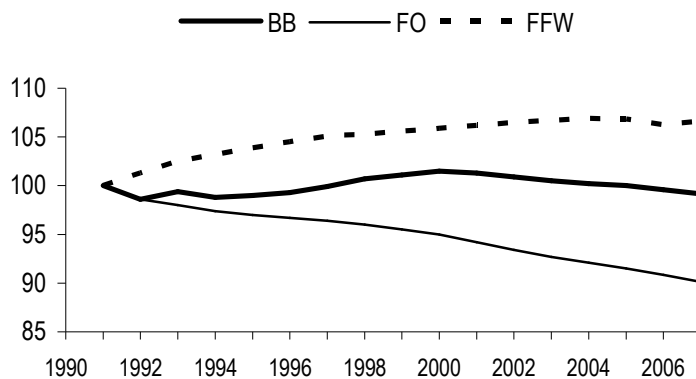
Für Ländervergleiche wird der Durchschnitt der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FFW) Niedersachsen (NI), Rheinland-Pfalz (RP), Schleswig-Holstein (SH) und Saarland (SL) herangezogen. Der Vergleich ist auch geboten, weil die ostdeutschen Länder durch die Degression der SoBEZ langfristig eine mit der der FFW vergleichbare Einnahmenausstattung erreichen sollen. Die dem Nachweis der Mittelverwendung zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (ukF) zugrunde liegende Berechnung beruht auf der im Finanzausgleichsgesetz (FAG) definierten kommunalen Finanzkraft und stellt auf den Vergleich mit dem finanzschwächsten westdeutschen Land ab.

## II. Demographische, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen im Land Brandenburg

### II.1 Demographische Entwicklung des Landes Brandenburg

Im Land Brandenburg lebten zum 30.06.2007 rd. 2,542 Mio. Einwohner. Aufgrund der Zuzüge aus Berlin verzeichnete das Land Brandenburg lange Zeit eine positive Bevölkerungsentwicklung. Seit dem Jahr 2001 sinkt die Bevölkerungszahl jedoch. Im Jahr 2006 wurde zum ersten Mal seit 1997 das Niveau der Bevölkerung des Jahres 1991 wieder unterschritten. Im Jahr 2007 hat sich in etwa dieses Niveau gehalten. Im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern setzte der Bevölkerungsrückgang im Land Brandenburg allerdings später ein und ist bisher auch moderater verlaufen.

**Abbildung II.1.1:** Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg (BB) seit 1991 im Vergleich zu den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern (FFW) und der Gesamtheit der ostdeutschen Flächenländer (FO). Die Einwohnerzahlen des Jahres 1991 sind auf 100 % normiert.



Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR der Länder, eigene Berechnungen

Dabei ist in räumlicher Hinsicht eine markante „Zweiteilung“ des Landes erkennbar. Während im Berliner Umland, dem so genannten „engeren Verflechtungsraum“ (eV), die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt bis zum Jahr 2006 im Vergleich zu 1990 um rd. 28 % gestiegen ist, zeigt sich im äußeren Entwicklungsraum (äE) ein anhaltender Bevölkerungsrückgang, der von 1990 bis 2006 insgesamt 14,9 % betrug<sup>1</sup>. Hier wurde der natürliche Bevölkerungsrückgang durch Wanderungsverluste noch verstärkt. Allein in 2006 betrug der Wanderungssaldo in den Berlin-fernen Regionen –13.628 Einwohner, während im Berlin-nahen Raum ein positiver Saldo von 10.335 Einwohnern zu beobachten war.

Im Vergleich zu allen anderen Ländern weist Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern die zweitdünnste Besiedlung auf. Der Anteil Brandenburgs an der Gesamtbevölkerung hat sich aufgrund der Wanderungen in den 1990er Jahren geringfügig von 3,2 % auf 3,1 % verringert. Dabei muss bei Betrachtung der Bevölkerungsdichte, die mit 86 Einwohner/km<sup>2</sup> deutlich unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer von 130 Einwohnern/km<sup>2</sup> liegt, jedoch erneut auf die Strukturunterschiede, die im Land selbst bestehen, hingewiesen werden. So betrug im äußeren Entwicklungsraum die Einwohnerdichte auf Basis der Daten von 2006 nur 62 Einwohner/km<sup>2</sup>, im engeren Verflechtungsraum dagegen 227 Einwohner/km<sup>2</sup>. Da die Angaben zum eV und äE vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (vormals Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik) in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg nur alle zwei Jahre aktualisiert werden, erfolgt die Präzisierung dieser Angaben mit dem Fortschrittsbericht „Aufbau Ost 2008“.

<sup>1</sup> In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass mit dem Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und dem LEPro2007 die Bezeichnungen „engerer Verflechtungsraum“ und „äußerer Entwicklungsraum“ zur Gebietsabgrenzung entfallen sind und nur noch für analytische Zwecke im Rahmen der Bevölkerungsprognose fortgeführt werden.

**Tabelle II. 1.1:** Bevölkerung und Einwohnerdichte der Länder per 30.06.2007

	Einwohner (in Tausend) per 30.06.07	Anteil an Gesamtbevölkerung in v. H.	Einwohner je km <sup>2</sup>
Baden-Württemberg	10.747,48	13	301
Bayern	12.502,28	15	177
Berlin	3.405,34	4	3.818
<b>Brandenburg</b>	<b>2.541,95</b>	<b>3</b>	<b>86</b>
Bremen	662,94	1	1.640
Hamburg	1.760,32	2	2.331
Hessen	6.070,43	7	287
Mecklenburg-Vorpommern	1.687,11	2	73
Niedersachsen	7.987,16	10	168
Nordrhein-Westfalen	18.009,45	22	528
Rheinland-Pfalz	4.048,93	5	204
Saarland	1.039,60	1	405
Sachsen	4.234,01	5	230
Sachsen-Anhalt	2.428,52	3	119
Schleswig-Holstein	2.834,64	3	179
Thüringen	2.300,54	3	142
<b>Deutschland</b>	<b>82.260,69</b>	<b>100</b>	<b>230</b>

Quelle: VGR der Länder

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (s. o.) hat im Jahr 2007 die Bevölkerungsentwicklung des Landes Brandenburg bis 2030 prognostiziert (vgl. Tab. II.1.2): Danach wird die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg bis zum Jahr 2030 kontinuierlich auf 2,194 Mio. Einwohner zurückgehen. Dies entspricht einem jährlichen Rückgang um etwa 14.700 Personen. Der Rückgang verläuft jedoch nicht gleichmäßig, sondern wird sich ab dem Jahr 2020 auf Grund der Geburtenausfälle bei gleichzeitigem Anstieg der Sterbefälle beschleunigen und beträgt im letzten Prognosejahr bereits 20.600 Personen.

Auch hier zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Die demographische Zweiteilung des Landes wird sich bis 2030 weiter verschärfen. In rd. 20 Jahren wird fast jeder zweite Brandenburger seinen Wohnsitz im Umland von Berlin haben. Die äußeren Regionen weisen dann noch eine Bevölkerungsdichte von lediglich 46 Einwohner/km<sup>2</sup> auf, das Umland legt zu auf 237 Einwohner/km<sup>2</sup> (Vergleich: Die Einwohnerdichte in der Bundesrepublik Deutschland lag im Jahr 2006 bei rd. 231 Einwohnern/km<sup>2</sup>).

**Tabelle II.1.2:** Bevölkerungsentwicklung im engeren Verflechtungsraum (eV) und im äußeren Entwicklungsraum (äE) zwischen 2006 und 2030

	2006	2010	2020	2030	Entwicklung 2030 ggü. 2006		2007 bis 2030	
					1.000 Personen	in %	natürlicher Saldo	Wanderungssaldo
Land Brandenburg	2.547,8	2.497,7	2.377,7	2.193,9	-353,9	-13,9	-443,9	90,0
davon:								
eV	1.013,5	1.039,6	1.066,8	1.049,1	35,6	3,5	-123,5	159,1
äE	1.534,3	1.458,1	1.310,9	1.144,8	-389,5	-25,4	-320,4	-69,1

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg-Landesamt für Bauen und Verkehr des Landes Brandenburg



Erhebliche Veränderungen sind zudem hinsichtlich der Zusammensetzung der Bevölkerung zu erwarten. Das Durchschnittsalter der Männer wird von 42,4 im Jahr 2006 bis zum Jahr 2030 auf 50,4 Jahre und das der Frauen von 45,7 auf 53,4 Jahre ansteigen. Dabei zeigt sich die Alterung der Bevölkerung im Land Brandenburg insbesondere in der Zunahme der Altersgruppe über 65 und älter von 21,3 % im Jahr 2006 auf 35,8 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 2030. Auch hier wird die Zweiteilung des Landes deutlich. So nimmt in dieser Altersgruppe die Bevölkerung im äE von 22,8 % im Jahr 2006 auf 39,8 % im Jahr 2030 zu, im eV im gleichen Zeitraum hingegen von 19,1 % auf 31,6 %.

Besonders problematisch stellt sich die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) dar. Sie verläuft räumlich und demographisch stark unterschiedlich: Insgesamt geht im Land Brandenburg die Bevölkerung dieser Altersgruppe um rd. 31 % zurück. Vom Rückgang der Gruppe der 15- bis 65- Jährigen ist der äußere Entwicklungsraum quantitativ am stärksten betroffen. Dort stehen 2030 etwa 451.000 Personen im erwerbsfähigen Alter weniger zur Verfügung. Für den engeren Verflechtungsraum wird ein Rückgang von 98.900 Personen für die gleiche Bevölkerungsgruppe prognostiziert.

Diese demographischen Entwicklungen führen sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene zu erheblichen fiskalischen Anpassungsnotwendigkeiten auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Bereits in den letzten Jahren gingen in Folge der zunehmend stark sinkenden Bevölkerung die Einnahmen aus Steuern und steuerinduzierten Einnahmen deutlich zurück, da die Zahlungen im Länderfinanzausgleich (LFA) in hohem Maße von der Einwohnerzahl abhängen. Für Brandenburg führt jeder verlorene Einwohner allein im LFA zu Mindereinnahmen von rd. 2.300 € pro Jahr. Rechnet man die Mindereinnahmen bis zum Jahr 2020 auf Basis der Finanzkraft- und Einwohnerverteilung im LFA 2007 hoch, so würden sich diese unter sonst gleich bleibenden Annahmen auf rd. 380 Mio. € bis zum Jahr 2020 aufsummieren.

Die Ausgabenentwicklung verläuft zur Einnahmenprognose nicht zwangsläufig parallel. Demographische Strukturveränderungen bedingen unterschiedliche Anpassungen in den verschiedenen Aufgabebereichen. Während einzelne Ausgaben auf dem heutigen Niveau stagnieren oder sinken werden, sind in anderen Bereichen steigende Ausgaben zu erwarten. Zudem führt die geringe Bevölkerungsdichte in den Berlin-fernen Regionen des Landes zu zusätzlichem Anpassungsbedarf z. B. im Bereich der Infrastrukturversorgung. Dieses Problem wird sich aufgrund der aufgezeigten demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren noch verschärfen.

## **II.2 Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit**

Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hat sich im Jahr 2007 auf hohem Niveau fortgesetzt, wenn auch leicht abgeschwächt gegenüber dem Vorjahr. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) belief sich auf 2,5 %, was gegenüber 2006 einen Rückgang um 0,4 %-Punkte bedeutet. Insgesamt lag das Wachstum der vergangenen beiden Jahre damit deutlich über den Werten im Zeitraum 2003-2005 (-0,2 %/1,1 %/0,8 %).

Getragen wurde diese Entwicklung wie im Vorjahr in erster Linie von den Anlageinvestitionen sowie vom Export. Dabei nahmen vor allem die Ausrüstungsinvestitionen (preisbereinigt) mit 8,2 % weiterhin kräftig zu (2006: 8,3 %), während sich die Dynamik bei den Bauinvestitionen von 4,3 % in 2006 auf 2,3 % im Jahr 2007 abschwächte und damit leicht unter das allgemeine Wachstumsniveau sank. Die Konsumausgaben blieben hingegen mit einer Zunahme von nur 0,2 % im Jahr 2007 nahezu unverändert. Dieser Zuwachs ist dabei allein auf die Zunahme des staatlichen Konsums zurückzuführen (2,2 %), während die privaten Konsumausgaben trotz der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit -0,4 % rückläufig waren. Zu diesem Ergebnis hat auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum

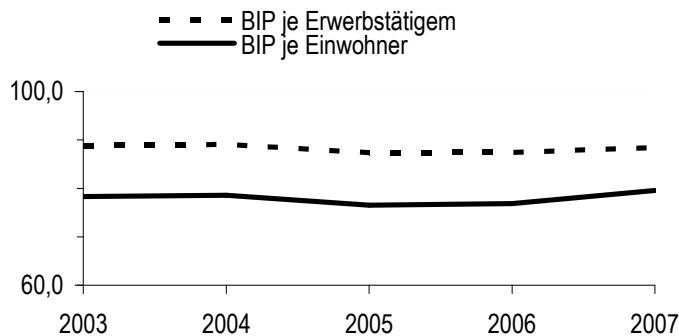
01.01.2007 beigetragen, die zu Vorzieheffekten in 2006 und entsprechend geringeren Konsumausgaben in 2007 führte.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Brandenburg stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte auf ein reales Wachstum von 2,0 %. Zu den beeinflussenden Wachstumsdeterminanten gehörten neben dem robusten bundesweiten Aufschwung auch Fortschritte beim Strukturwandel und der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik. Insgesamt hat sich damit die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Unternehmen weiter verbessert.

Dennoch: Auch wenn der Anstieg des BIP im Jahr 2007 über den Ergebnissen der Vorjahre (2003: +0,1%; 2004: +1,5 %; 2005: -1,1 %, 2006: +1,2 %) lag, so blieb er hinter der Entwicklung im Bundesdurchschnitt zurück; im Ländervergleich lag Brandenburg nur auf dem neunten Rang. Gründe dafür liegen nach wie vor in der Unternehmensstruktur, die durch vorrangig kleine und mittlere Unternehmen geprägt ist, womit die Abhängigkeit von Konjunkturschwankungen erhöht ist. Zudem ist der Exportsektor, der in den Vorjahren der Wachstumsmotor war, in Brandenburg anteilig schwächer ausgebildet, dagegen der Bausektor stärker vertreten.

Entsprechend haben sich auch im Prozess der Angleichung der Pro-Kopf-Wirtschaftskraft (vgl. Abbildung II.2.1) keine nennenswerten Änderungen ergeben. Das nominale BIP im Land Brandenburg betrug im Jahr 2007 – gerechnet je Einwohner - mit 20.678 € rd. 79,6 % des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP in den FFW und lag damit leicht oberhalb des Vorjahreswertes. Im Vergleich zum bundesweiten Pro-Kopf-Einkommen lag dieser Anteil bei 70,2 %. Damit zeigt sich wie schon in den Jahren seit 1996 eine Stagnation in der Ost-West-Anpassung. Eine ähnliche Entwicklung ist beim Vergleich des BIP je Erwerbstätigem erkennbar. Hier wird im Land Brandenburg im Jahr 2007 mit 88,1 % des durchschnittlichen BIP je Erwerbstätigem der FFW das gleiche Ergebnis wie im Vorjahr erreicht.

**Abbildung II.2.1:** Entwicklung des BIP in jeweiligen Preisen je Einwohner und je Erwerbstätigem im Land Brandenburg in Prozent des Durchschnittswertes der FFW

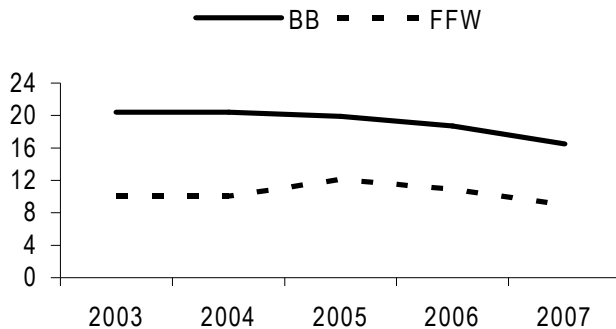


Quelle: VGR der Länder, eigene Berechnungen

Das relativ starke Wachstum im I. Quartal 2008 von 1,5 % (ggü. der Vorperiode) deutet zunächst auf eine Fortführung der Wachstumsentwicklung hin, wenn auch etwas unter dem Niveau des Jahres 2007. Allerdings wird für 2009 mit einer deutlichen Abkühlung der Konjunktur gerechnet, da sich dann die hohen Energie- und Rohstoffpreise, die gestiegenen Kreditzinsen, die Euro-Stärke und die sich abschwächende Weltkonjunktur in insgesamt verschlechterten Rahmenbedingungen niederschlagen dürften. In welchem Umfang die Risikofaktoren auch die Brandenburger Entwicklung in Mitleidenschaft ziehen, bleibt abzuwarten.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt hat sich im Jahr 2007 ebenfalls positiv entwickelt. Insgesamt betrug in Deutschland die Arbeitslosenquote im Jahr 2007 im Jahresdurchschnitt 10,1 %, wobei nach wie vor ein ausgeprägter Unterschied zwischen ostdeutschen und westdeutschen Ländern besteht.

**Abbildung II.2.2:** Arbeitslosenquote in Brandenburg sowie die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den FFW

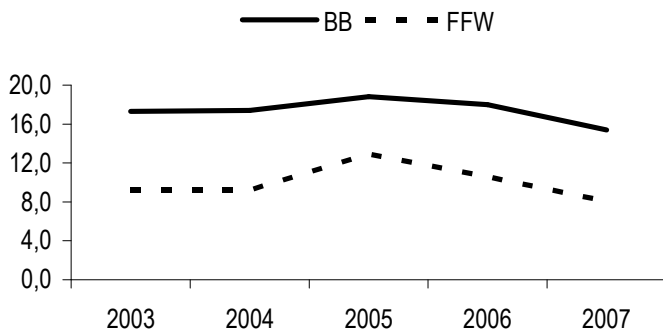


Bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen insgesamt.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

So lag die Arbeitslosenquote in Brandenburg (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) mit 16,5% im Jahr 2007 nach wie vor am oberen Ende der Rangskala aller deutschen Länder, gegenüber dem Vorjahr ist dies aber ein erfreulicher Rückgang von 2,2 Prozentpunkten. Diese günstige Entwicklung setzt sich auch im Jahr 2008 fort.

Die Quote der von Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Menschen im Alter bis zu 25 Jahren (vgl. Abbildung II.2.3) ist im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahreswert (18,0 %) weiter deutlich gesunken und betrug 15,4 %. In den FFW lag die Quote für 2007 bei 8,5 %, d. h., in den FFW ist gegenüber 2006 ein Rückgang von 2,1 Prozentpunkten zu verzeichnen.

**Abbildung II.2.3:** Arbeitslosenquote jüngerer Personen unter 25 Jahren



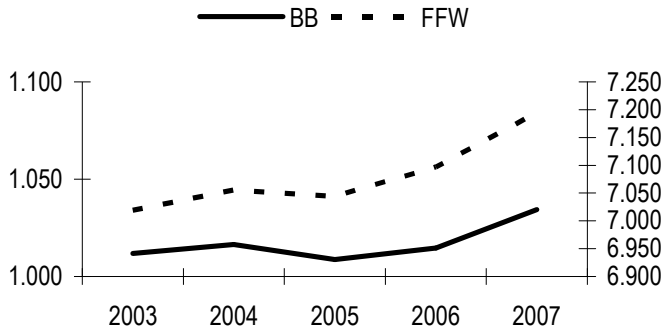
Bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen unter 25 Jahren.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Bei der Erwerbstätigkeit ist im Jahr 2007 nach einem nur leichten Aufwuchs im Vorjahr ein deutlicher Anstieg bei der Anzahl der Erwerbstätigen um rd. 21.500 zu verzeichnen. Spiegelbildlich zur abnehmenden Arbeitslosigkeit hat sich die Erwerbstätigenzahl in Brandenburg damit erhöht. Der Abwärtstrend der Jahre bis 2004 wurde damit gestoppt (vgl. Abbildung II.2.4). Vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg binnen Jahresfrist deutlich an.

Die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2007 mit einem Plus von 2,1 % über dem Bundesdurchschnitt von 1,7 %. Zu diesem Ergebnis hat neben dem andauernden Beschäftigungsaufbau im

Bereich der Unternehmensdienstleistungen (einschl. Finanzierung und Vermietung) maßgeblich die Zunahme von Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe (einschl. Baugewerbe) beigetragen, nachdem im Vorjahr in diesem Sektor noch ein Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen war. Eine ähnliche Entwicklung ist im Bereich der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) zu beobachten.

**Abbildung II.2.4:** Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Brandenburg (linke Achse) und in den FFW (rechte Achse); Angaben in 1.000 Personen



Quelle: VGR der Länder

Der Vergleich der Sektorstruktur im Land Brandenburg und in den FFW (vgl. Tabelle II.2.1) lässt deutliche Unterschiede erkennen. So ist die industrielle Basis, gemessen am Anteil der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Bauwirtschaft an der gesamten Bruttowertschöpfung, in Brandenburg mit einem Anteil von rd. 20 % weiterhin deutlich schwächer ausgeprägt als in den FFW (26 %). Feststellbar ist dagegen, dass sich im Bereich der Bauwirtschaft sowohl im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit als auch auf den Wertschöpfungsanteil allmählich eine Angleichung an die Vergleichsländer vollzieht.

**Tabelle II.2.1:** Wirtschaftsstruktur im Land Brandenburg: prozentualer Anteil der Erwerbstätigen und der realen Bruttowertschöpfung (BWS; in jeweiligen Preisen) nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen im Jahr 2007

Angaben gerundet	Brandenburg		FFW	
	Erwerbstätige	BWS	Erwerbstätige	BWS
1. Land- und Forstwirtschaft	4%	2%	3%	2%
2. Produzierendes Gewerbe	23%	25%	24%	30%
2.1 Produzierendes Gewerbe ohne Bau	14%	20%	19%	26%
2.2 Verarbeitendes Gewerbe	12%	16%	18%	23%
2.3. Baugewerbe	9%	6%	6%	4%
3. Dienstleistungsbereiche	73%	73%	73%	68%
3.1 Handel, Gastgewerbe und Verkehr	25%	19%	26%	19%
3.2 Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	14%	27%	14%	26%
3.3 Öffentliche und private Dienstleister	35%	27%	32%	23%
<b>Alle Wirtschaftsbereiche</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>

Quelle: Berechnet aus Angaben der VGR der Länder; Abweichungen durch Rundungsdifferenzen.

### III. Finanzwirtschaftliche Entwicklung der Landes- und Kommunalhaushalte einschließlich Begrenzung der Nettoneuverschuldung

Dem gesetzlichen Auftrag entsprechend enthält dieses Kapitel eine Bestandsaufnahme der zentralen finanzwirtschaftlichen Kennziffern auf der Landes- und Kommunalebene sowie eine Analyse der Verschuldungsentwicklung und der Rückführung der Nettoneuverschuldung bzw. des Finanzierungssaldos. Bei der Interpretation der Ergebnisse werden dabei schwerpunktmäßig die aktuellen Entwicklungen in den Vordergrund gestellt.

#### III.1 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf Landesebene

##### III.1.1 Die Ausgaben auf Landesebene

###### Bereinigte Gesamtausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben je Einwohner (EW) auf Landesebene liegen im Land Brandenburg sowohl absolut als auch im Vergleich zu denen der FFW nach wie vor über dem Niveau der Vergleichsländer (vgl. Tabelle III.1.1). Die relative Differenz konnte nach einem zwischenzeitlichen Anstieg auf den Stand des Jahres 2003 zurückgeführt werden.

**Tabelle III.1.1:** Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben

in Euro je EW	2003	2004	2005	2006	2007
Brandenburg	3.726	3.705	3.756	3.892	3.866
FFW	2.829	2.799	2.814	2.835	2.967
BB in % von FFW	131%	132%	133%	137%	130%

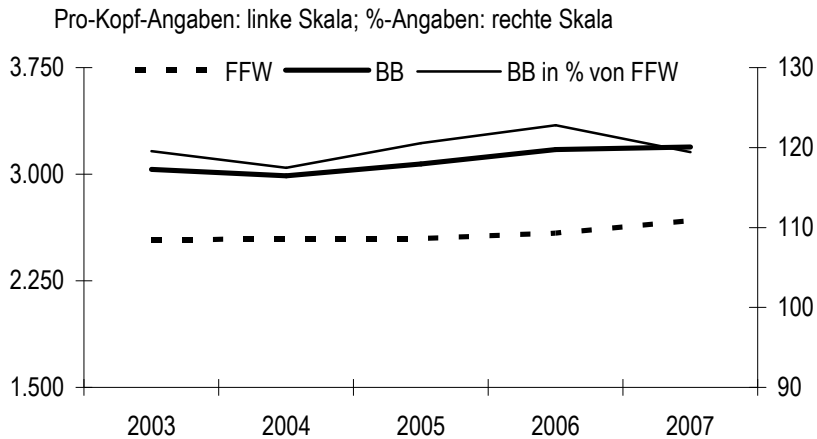
Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen; Angaben gerundet.

Die Ausgaben des Landes sind aufgrund der konsequenten Fortführung des Konsolidierungskurses im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr geringfügig gesunken. Eine andere Entwicklung zeigte sich in den Vergleichsländern, hier stiegen die bereinigten Pro-Kopf-Ausgaben um 4,7 % an. Auf welche Entwicklungen dies zurückzuführen ist, zeigt sich in der Betrachtung einzelner Positionen.

###### Ausgaben der laufenden Rechnung

Zerlegt man die bereinigten Gesamtausgaben in die Ausgaben der laufenden Rechnung (vgl. Abbildung III.1.1) und der Kapitalrechnung (vgl. Abbildung III.1.2), wird deutlich, dass die laufenden Ausgaben auf Landesebene auch im Jahr 2007 um rd. 20 % über dem Niveau der FFW lagen. Zwar konnten die laufenden Ausgaben nach einem Anstieg im Jahr 2002, der in erster Linie auf die unvorhersehbaren Erstattungen an den Bund im Rahmen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) zurückzuführen war, in den Jahren 2003 und 2004 deutlich reduziert werden. Ab dem Jahr 2005 sind sie hingegen insbesondere aufgrund erhöhter Zuweisungen an die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II wieder leicht gestiegen. Diese Entwicklung setzte sich in Brandenburg auch in 2007 mit einem Plus von 0,6 % fort. Hingegen stiegen die Ausgaben der laufenden Rechnung in den FFW im gleichen Zeitraum um 3,4 %.

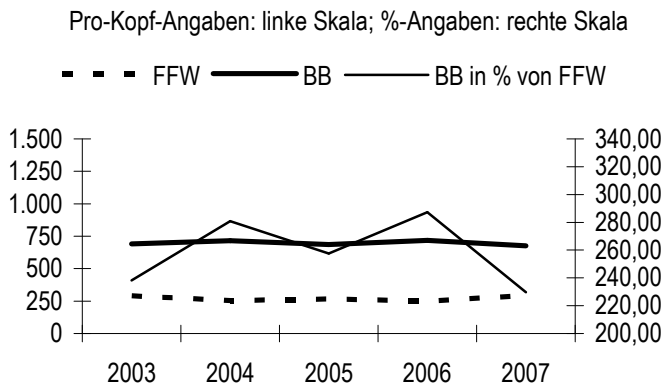
**Abbildung III.1.1:** Ausgaben der laufenden Rechnung in Euro je Einwohner



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Die Ausgaben der Kapitalrechnung sind im Jahr 2007 nach einem leichten Anstieg im Vorjahr im Berichtsjahr selbst um rd. 6,0 % gesunken und liegen damit bei 230 % der Ausgaben der Vergleichsländer. Die Investitionsquote (nur Land) betrug 17,4 %.

**Abbildung III.1.2:** Ausgaben der Kapitalrechnung in Euro je Einwohner



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Nachfolgende Tabelle III.1.2 zeigt die Hauptkomponenten der laufenden Ausgaben in Euro je Einwohner sowie die Ausgabenanteile im Jahr 2007. Die höheren Pro-Kopf-Ausgaben im Vergleich zu den FFW sind insbesondere auf die unverändert deutlich höheren Zuweisungen an die Kommunen und auf die Erstattungen an den Bund nach dem AAÜG zurückzuführen. Während das Land Brandenburg im Jahr 2007 für Zuweisungen an die Kommunen je Einwohner rd. 1.006 € aufgewendet hat, wurden in den FFW durchschnittlich rd. 636 € je Einwohner verausgabt. Die hohen Zuweisungen an die Kommunen sind erforderlich, um die unterproportionale kommunale Finanzkraft der Brandenburger Kommunen auszugleichen (vgl. Kapitel IV.2). Die Erstattungen nach dem AAÜG, die nur in den ostdeutschen Ländern anfallen, beliefen sich im Jahr 2007 auf 169 € je Einwohner. Die Zinsausgaben des Landes Brandenburg liegen weiter deutlich über dem Niveau der FFW, konnten aber im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr aufgrund einer nicht erforderlichen Neuverschuldung im Jahr 2007 und der günstigen Zinsentwicklung absolut auf ungefähr gleicher Höhe gehalten werden.

**Tabelle III.1.2:** Die Struktur der laufenden Ausgaben im Jahr 2007

Angaben gerundet	Brandenburg		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
laufende Ausgaben	3.192	100%	2.673	100%
darunter:				
1. Personalausgaben	804	25%	1.105	41%
darunter:				
1a) Versorgungsleistungen	17	1%	262	10%
1b) Bezüge für aktives Personal	787	25%	843	32%
2. Zinsausgaben	313	10%	294	11%
3. laufender Sachaufwand	208	7%	213	8%
4. Nicht investive Zuweisungen und Zuschüsse	1.867	58%	1.061	40%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### Personalausgaben

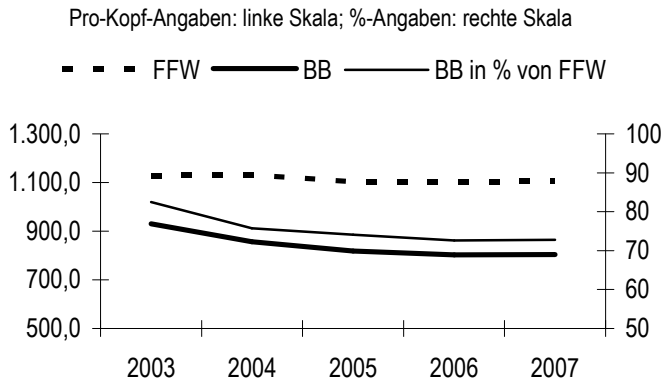
Durch den Abschluss eines Tarifvertrags zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen in der Landesverwaltung Brandenburg, eines Tarifvertrags zur Umsetzung des vorgenannten Tarifvertrags für Lehrkräfte an Schulen des Landes Brandenburg und einer Rahmenvereinbarung zur beamten- und tarifrechtlichen Umsetzung des Schulressourcenkonzepts wurden in den Jahren 2004 bis 2006 spürbare Einsparungen erzielt. Kernpunkt war die sozialverträglich gestaffelte Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei entsprechender Minderung der Vergütung. In Abhängigkeit von der Eingruppierung bedeutete dies individuelle Gehaltseinbußen von bis zu 7,5 %. Dieser Pakt trat am 03.02.2004 in Kraft und war bis zum 31.01.2007 befristet. Die Regelungen für den Lehrerbereich wirken sich noch bis 31.07.2011 auf den Beschäftigungsumfang aus. Hinzu kommen Einsparungen im Beamtenbereich mit der Änderung des Brandenburgischen Sonderzahlungsgesetzes und weitere zeitlich befristete tarifliche Änderungen.

Daneben gilt der Personalbedarfsplanung im Land Brandenburg hohe Aufmerksamkeit. Begonnen mit dem Haushaltstrukturgesetz 2000 des Landes Brandenburg, das die Grundlage für den Abbau von 8.000 Plan-/Stellen und Beschäftigungspositionen bis zum Jahr 2005 bildete, wird die Reduzierung der Anzahl der Stellen mit den Beschlüssen zum Haushalt 2007 bis 2010 und zuletzt mit dem Beschluss zum Doppelhaushalt 2008/2009 kontinuierlich bis zum Jahr 2012 fortgeführt. Zu diesem Zeitpunkt soll der Stellenbestand des Landes auf eine Zielzahl von rd. 47.800 Stellen verringert sein. Dies bedeutet seit Beginn des kontinuierlichen Stellenabbaus im Jahr 2000 eine Reduzierung des Stellenbestandes um rd. 18.000 Stellen.

Die Personalausgaben konnten in der HGr. 4 von rd. 2.048 Mio. € im Jahr 2006 auf rd. 2.043 Mio. € im Jahr 2007 vermindert werden, d. h. sie sind um rd. 5 Mio. €, also rd. 2 € je Einwohner gesunken (vgl. Abbildung III.1.3). Diese vergleichsweise niedrige Verringerung der Personalausgaben auf hoch aggregierter Ebene verstellt den Blick auf die darunter liegenden Entwicklungen. Das Auslaufen des o. g. Sozialtarifvertrag des Landes am 31.01.2007 führte im Jahr 2007 zu einem Anstieg der Vergütungszahlungen um rd. 91,3 Mio. €. Ferner stiegen auch die Versorgungsausgaben in 2007 um rd. 7,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr an.

Rechnet man diese Effekte zusammen, so wurden in 2007 insbesondere durch den kontinuierlichen Stellen- und Personalabbau insgesamt 103,3 Mio. € entweder eingespart oder zur Kompensation unvermeidlicher Aufwüchse in Teilbereichen der Personalausgaben verwandt.

**Abbildung III.1.3:** Personalausgaben entsprechend HGr. 4 in Euro je Einwohner



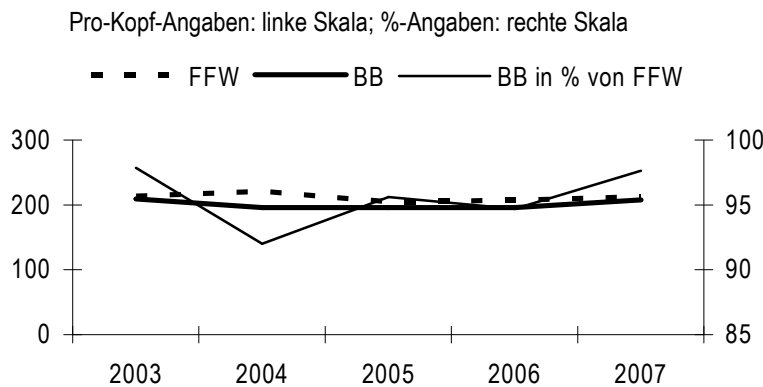
Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Der deutlich höhere Aufwand für Personalkosten der westdeutschen Vergleichsländer ist in erster Linie auf die höheren Versorgungsleistungen zurückzuführen. Bereinigt um diese, sind die reinen Ausgaben für Bezüge des Personals in Brandenburg um 0,6 % und in den FFW um 1,1 % gesunken. Eine weitere Bereinigung der Personalausgaben um das Volumen von Verlagerungen ist nicht möglich, da vergleichbare Angaben aus anderen Ländern nicht bzw. nicht durchgängig vorliegen.

#### Laufender Sachaufwand

Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand sind im Jahr 2007 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen, und zwar um 6 %. Mit 208 € je Einwohner verbleiben sie gleichwohl um 2,4 % unter dem Niveau der Vergleichsländer. In Abbildung III.1.4 ist die Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand zwischen 2003 und 2007 dargestellt.

**Abbildung III.1.4:** Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand in Euro



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

#### Leistungen des Landes an die Kommunen

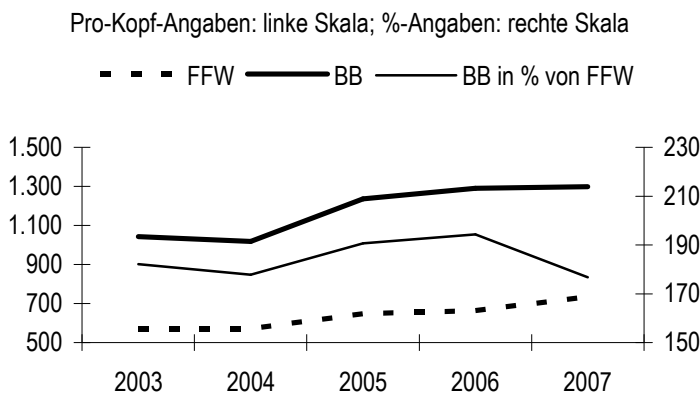
Eine wesentliche Ausgabenkomponente sind in den ostdeutschen Ländern die Zahlungen an die Kommunen inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs (vgl. Abbildung III.1.5). In diesen Zahlungen sind sowohl Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke als auch Vermögensübertragungen des Landes an die Kommunen (Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) enthalten.

Insgesamt lagen die Zuweisungen des Landes Brandenburg an seine Kommunen im Jahr 2007 je Einwohner um 77 % über den vergleichbaren Zuweisungen in den FFW. Ursache für diese hohen Zahlungen des Landes Brandenburg ist die weiterhin niedrige kommunale Finanzkraft. Durch die hohen Zuweisungen sollen die Kommunen auch in die Lage versetzt werden, mit überdurchschnittlich hohen In-



vestitionen den Abbau des infrastrukturellen Nachholbedarfes voranzubringen (vgl. Kapitel IV.2). Der mit dem Jahr 1998 eingesetzte leichte jährliche Rückgang der Zuweisungen änderte sich in 2005 in einen Zuwachs um 218 €/EW. Dieser Anstieg, der auch in den Vergleichsländern in abgeschwächter Form zu sehen ist, ist in erster Linie durch die Regelungen im Zusammenhang mit dem SGB II (Hartz IV) bedingt. Hinzu kamen in 2006 Ausgleichszahlungen i. H. v. 105,7 Mio. € an die Kommunen aufgrund des Gutachtens des DIW zur Symmetrie der Finanzausstattung von Land und Kommunen

**Abbildung III.1.5:** Zahlungen an die Gemeinden inner- und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs in Euro je Einwohner



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

#### Ausgaben der Kapitalrechnung

Da die Ausgaben der Kapitalrechnung im nächsten Kapitel einer detaillierten Analyse unterzogen werden, erfolgt hier nur eine erste kurze Bestandsaufnahme.

In Tabelle III.1.3 wird die Struktur der investiven Ausgaben im Jahr 2007 gezeigt. Gegenüber dem Vorjahr sind die Ausgaben der Kapitalrechnung um 6,0% gesunken, während sie in den FFW um rd. 17,5% von einem allerdings deutlich niedrigeren Niveau aus gestiegen sind. Dabei wurde ein großer Anteil, rd. 43 % der investiven Ausgaben der Landesebene, im Land Brandenburg in Form von Investitionszuweisungen an die kommunale Ebene geleistet. Diese Entwicklung findet sich in der Betrachtung der Gesamtzuweisungen an die Kommunen wieder.

**Tabelle III.1.3:** Die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2007

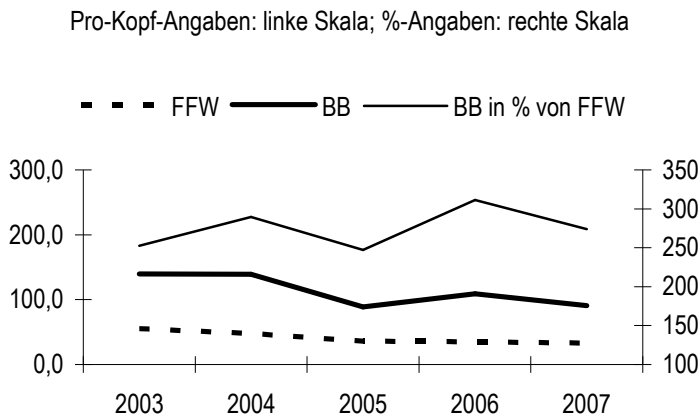
Angaben gerundet	Brandenburg		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
Ausgaben der Kapitalrechnung insgesamt	675	100%	294	100%
darunter:				
1. Sachinvestitionen	91	13%	33	11%
2. Vermögensübertragungen an die Gemeinden (Zuweisungen für Investitionen)	292	43%	99	34%
3. Vermögensübertragungen an andere Bereiche (insbes. betriebliche Investitionsfördermaßnahmen, Wohnungsbauförderung, Darlehen, Beteiligungserwerb)	292	43%	162	55%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Die Ausgaben für Sachinvestitionen sind aufgrund von Sondereffekten im Jahr 2006 im Berichtsjahr 2007 deutlich um 18 € je Einwohner gesunken, liegen damit aber noch immer knapp dreimal so hoch

wie in den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern, in denen die Sachinvestitionen um 2 €/Einwohner zurückgingen.

**Abbildung III.1.6: Pro-Kopf-Ausgaben für Sachinvestitionen**



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### III.1.2 Die Einnahmen auf Landesebene

#### Bereinigte Gesamteinnahmen

Tabelle III.1.4 zeigt Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2007. Das Land Brandenburg verbuchte je Einwohner bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 4.029 €, die FFW dagegen von rd. 2.857 €. Rd. 54 % der bereinigten Gesamteinnahmen in Brandenburg entfielen auf Steuereinnahmen, während in den Vergleichsländern die Steuerdeckungsquote bei rd. 75 % lag. Erkennbar ist, dass nach wie vor wesentliche Teile der bereinigten Einnahmen des Landes Brandenburg aus Zuweisungen von Dritten resultieren. Die Diskrepanz in der Einnahmenstruktur zwischen den FFW und dem Land Brandenburg ist also ausschließlich transferbedingt, d.h. sie entsteht durch Leistungen des Bundes, der EU sowie Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich. Dabei entfallen allein rd. 19 % der Einnahmen Brandenburgs auf Bundesergänzungszuweisungen.

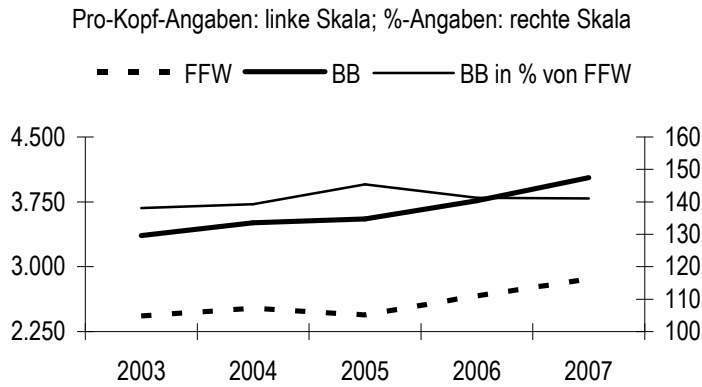
**Tabelle III.1.4: Struktur der Einnahmen im Jahr 2007**

Angaben gerundet	Brandenburg		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
bereinigte Einnahmen	4.029	100%	2.857	100%
darunter:				
1. Steuereinnahmen	2.159	54%	2.150	75%
2. Bundesergänzungszuweisungen	783	19%	40	1%
3. LFA	264	7%	60	2%
4. Investive Zuweisungen Bund/EU	280	7%	68	2%
5. Verwaltungseinnahmen	154	4%	268	9%
6. Vermögensveräußerungen	8	0%	64	2%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

In Abbildung III.1.7 wird die mittelfristige Entwicklung der bereinigten Einnahmen seit dem Jahr 2003 gezeigt. Im Jahr 2007 sind die bereinigten Einnahmen Brandenburgs um 7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im gleichen Zeitraum betrug der Zuwachs der bereinigten Einnahmen der Vergleichsländer 7,2 %.

**Abbildung III.1.7: Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen in Euro**

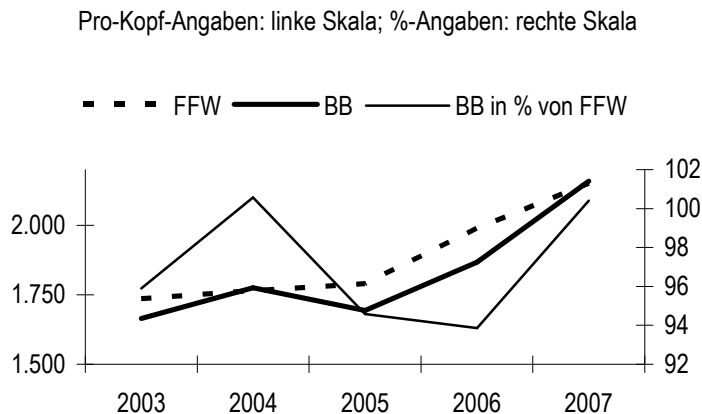


Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### Steuereinnahmen

Nach einem Einbruch im Jahr 2002 stieg das Steueraufkommen bis zum Jahr 2004 wieder an, um dann im Jahr 2005 erneut - hauptsächlich verursacht durch Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer - etwas abzusinken. Im Jahr 2007 stieg das Steueraufkommen aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung wieder an, so dass in Brandenburg Zuwächse von 15,6 % und in den Vergleichsländern von 8,1 % bei den Einnahmen aus Steuern zu verzeichnen waren. Die Steuereinnahmen je Einwohner lagen damit in Brandenburg in 2007 erstmals seit 2004 wieder auf dem Niveau der westdeutschen Vergleichsländer.

**Abbildung III.1.8: Steuereinnahmen in Euro je Einwohner**



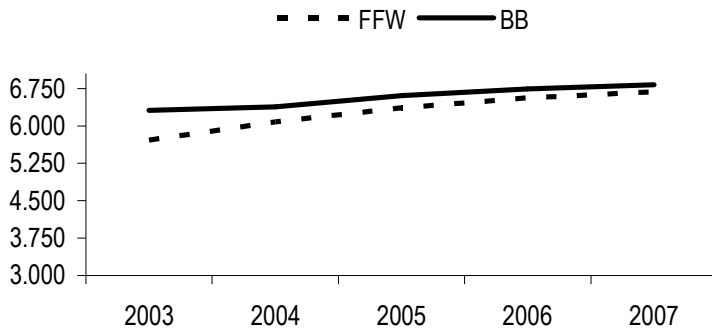
Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### **III.1.3. Verschuldung, Finanzierungssaldo, Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Nettoneuverschuldung auf Landesebene**

Das Land Brandenburg hat den Haushalt 2007 ohne Neuverschuldung abgeschlossen. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs ist die Pro-Kopf-Verschuldung jedoch im Haushaltsjahr 2007 weiter angestiegen (vgl. Abbildung III.1.9), allerdings in geringerem Umfang als in den Vorjahren. Sie beläuft sich nunmehr auf rd. 6.827 € je Einwohner. In den westdeutschen Vergleichsländern liegt sie bei rd. 6.683 € je Einwohner. Die Verschuldung in haushalterischer Abgrenzung nach Abschluss der Bücher blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert bei 18.003,7 Mio. €, was einer Verschuldung je Einwohner von 7.083 € entspricht.

Trotz des günstigen Zinsniveaus führte die hohe Schuldenbelastung des Landes Brandenburg im Jahr 2007 zu einer Zinsbelastung von 313 € je Einwohner nach 307 € je Einwohner im Jahr 2006. In den Vergleichsländern stiegen die Zinsausgaben marginal um 2 € je Einwohner auf 294 € je Einwohner. Der Anteil der Zinsausgaben an den Einnahmen der laufenden Rechnung belief sich im Jahr 2007 auf 8 %, in den FFW hingegen auf 11 % (jeweils 1 % weniger als noch im Jahr 2006).

**Abbildung III.1.9:** Pro-Kopf-Schulden in Euro auf Landesebene in Brandenburg



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

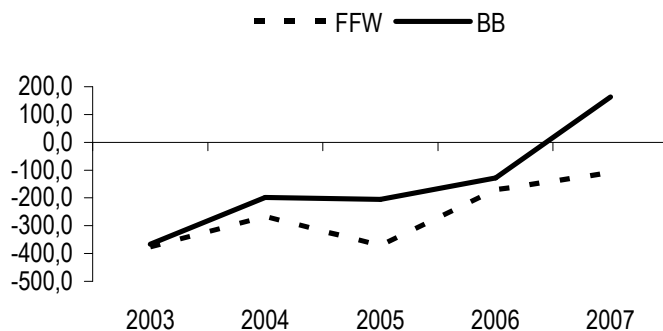
**Tabelle III.1.5:** Zinsausgabenbelastung im Jahr 2007

Angaben gerundet	Euro je EW	in % der laufenden Einnahmen
Brandenburg	313	8%
FFW	294	11%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Der Finanzierungssaldo verbesserte sich gegenüber dem Jahr 2006, war erstmals positiv und betrug im Jahr 2007 rd. +413,6 Mio. €. Im gleichen Zeitraum sank der negative Finanzierungssaldo in den Vergleichsländern um 63 € je Einwohner, nachdem er im Vorjahr um 200 € je EW zurückgegangen war. Auf die Einwohnerbasis bezogen beträgt der Finanzierungssaldo in Brandenburg rd. +163 €, in den Vergleichsländern hingegen rd. -108 € je Einwohner (vgl. Abbildung III.1.10).

**Abbildung III.1.10:** Finanzierungssalden auf Landesebene in Euro je Einwohner



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Im Doppelhaushalt 2008/2009 des Landes sind letztmalige Neuverschuldungen veranschlagt. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 ist vorgesehen, dass ab 2010 keine neuen Schulden mehr aufgenommen werden. Vor dem Hintergrund der Verschuldungssituation des Landes wird der von der Landesregierung eingeschlagene Konsolidierungskurs konsequent fortgesetzt.

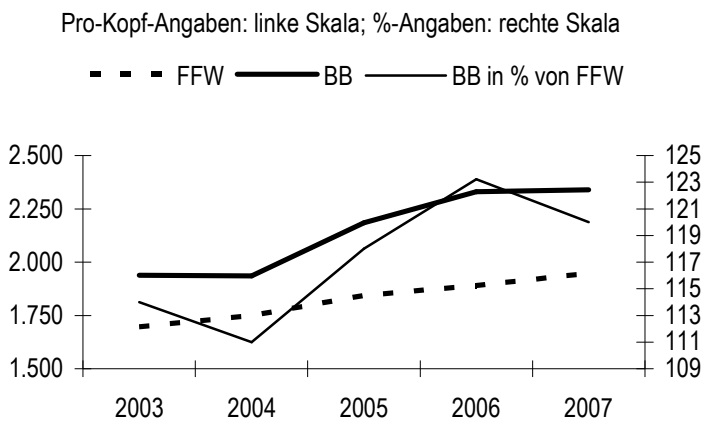
### III.2 Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen auf Gemeindeebene

#### III.2.1 Die Ausgaben auf Gemeindeebene

##### Bereinigte Gesamtausgaben, investive und laufende Ausgaben

Die bereinigten Gesamtausgaben der Gemeinden im Land Brandenburg sind insgesamt im letzten Jahrzehnt sowohl absolut als auch in Relation zu den Gemeinden in den finanzschwachen Westflächenländern zurückgegangen (vgl. Abbildung III.2.1). Während sie im Jahr 1997 noch rd. 27 % über den Werten der Vergleichsländer lagen, ist der Abstand auf rd. 11 % im Jahr 2004 gesunken. In den Jahren 2005 und 2006 stiegen die Pro-Kopf-Ausgaben allerdings wieder an. Im Berichtsjahr lag der Zuwachs in den Brandenburger Kommunen gegenüber dem Vorjahr bei 10 €/EW, während die Zunahme in den Kommunen der Vergleichsländer 56 € je Einwohner betrug. Damit ist der prozentuale Anteil im Jahr 2007 um 3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gesunken.

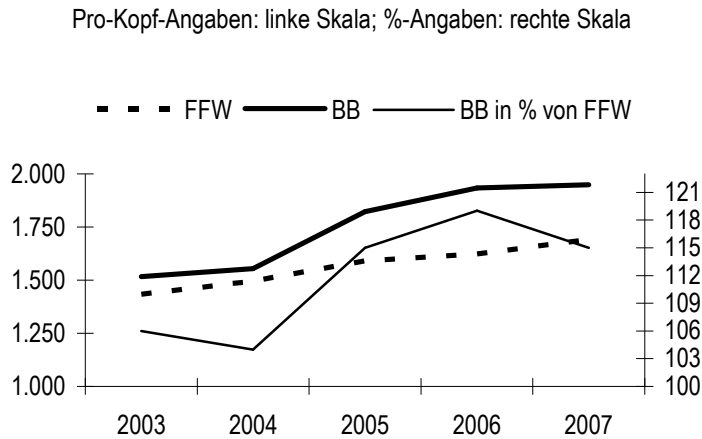
**Abbildung III.2.1:** Bereinigte Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

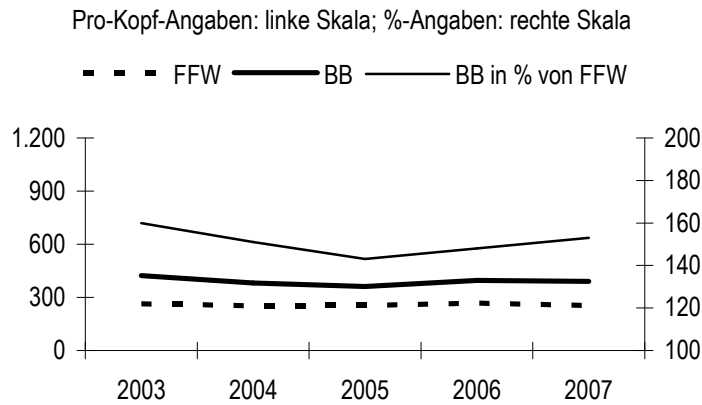
In einem ersten Analyseschritt werden die bereinigten Gesamtausgaben in die Ausgaben der laufenden Rechnung (vgl. Abbildung III.2.2) sowie in die investiven Ausgaben (vgl. Abbildung III.2.3) zerlegt. Die laufenden Ausgaben der Brandenburger Kommunen sowie der Vergleichskommunen sind seit 2003 kontinuierlich gestiegen. Bei den investiven Ausgaben der Brandenburger Kommunen hingegen ist ein Rückgang von rd. 396 € je Einwohner im Jahr 2006 auf rd. 391 € je Einwohner im Jahr 2007 zu verzeichnen.

**Abbildung III.2.2:** Pro-Kopf-Ausgaben der laufenden Rechnung auf Gemeindeebene in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

**Abbildung III.2.3:** Pro-Kopf-Ausgaben der Kapitalrechnung auf Gemeindeebene in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die laufenden Ausgaben der Brandenburger Kommunen liegen insgesamt um rd. 257 € je Einwohner höher als in den FFW-Kommunen, wobei allerdings beachtliche Strukturunterschiede zu beobachten sind (vgl. Tabelle III.2.1). Zum einen übersteigen die Aufwendungen für aktives Personal in den Brandenburger Kommunen um rd. 143 € je Einwohner die in den FFW, das sind im Vergleich zum Vorjahr 0,7 % mehr. Zudem liegen die Sozialausgaben der Kommunen im Land Brandenburg höher als in den FFW. Hier ist im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um rd. 2 % festzustellen. Bei einer im Ländervergleich deutlich unterdurchschnittlichen Verschuldung liegen auch die Zinsausgaben der Brandenburger Kommunen deutlich unter dem Westdurchschnitt. Wesentlich mehr aufgewendet wird hingegen in den Kommunen des Landes Brandenburg für den laufenden Sachaufwand.

**Tabelle III.2.1:** Die Struktur der laufenden Ausgaben auf kommunaler Ebene im Jahr 2007

Angaben gerundet	Brandenburg kommunale Ebene		FFW kommunale Ebene	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
1. laufende Ausgaben	1.949	100%	1.692	100%
darunter:				
2. Personalausgaben	588	30%	484	29%
darunter:				
2a) Versorgungsleistungen	28	1%	58	3%
2b) Bezüge für aktives Personal	558	29%	415	25%
3. Zinsausgaben	40	2%	70	4%
4. laufender Sachaufwand	419	21%	377	22%
5. Laufende Zuweisungen an andere Bereiche	872	45%	699	41%
darunter:				
5a. Sozialausgaben	701	36%	552	33%
5b. Zuweisungen/Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen	87	4%	95	6%

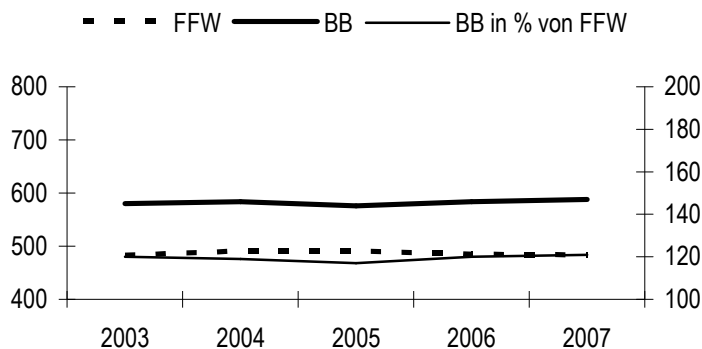
Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

### Personalausgaben

Die Kommunen des Landes konnten im Jahr 2004 ihre Pro-Kopf-Personalausgaben trotz der deutlichen Tariflohnsteigerungen nominal gegenüber 2003 fast konstant halten und im Jahr 2005 sogar reduzieren (vgl. Abbildung III.2.4). Möglich war dies allein durch einen Personalabbau, der konsequent fortgesetzt wird. Allerdings sind die Personalausgaben je Einwohner auf kommunaler Ebene insbesondere durch den verstärkten Einwohnerrückgang ab dem Jahr 2006 wieder leicht gestiegen und betragen rd. 121 % des Niveaus der Vergleichskommunen. Verzerrt wird das Bild allerdings durch die Unterschiede in den Pensionslasten (vgl. Tabelle III.2.1), die in den Brandenburger Gemeinden nur wenig, in den Kommunen der Vergleichsländer hingegen in erheblichem Umfang zu Buche schlagen. Werden allein die Aufwendungen für aktives Personal betrachtet, so liegen die Pro-Kopf-Personalausgaben der Gemeinden in Brandenburg rd. 34 % über dem Durchschnittswert der FFW.

**Abbildung III.2.4:** Pro-Kopf-Personalausgaben auf kommunaler Ebene in Euro

Pro-Kopf-Angaben: linke Skala; %-Angaben: rechte Skala



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Eine Ursache für die relativ hohen Personalausgaben sind die noch höheren Personalbestände in den *Kernverwaltungen* der Kommunen des Landes Brandenburg im Vergleich zu den FFW-Kommunen, die sich in der Regel auch in den anderen ostdeutschen Ländern zeigen. Außerdem führen die zwischen den Brandenburger und den westdeutschen Kommunen in einigen Bereichen bestehenden systemati-

schen Strukturunterschiede zu einem höheren statistisch ausgewiesenen Personalbesatz. Zum Beispiel weist Brandenburg bei der Kindertagesbetreuung einerseits mit rd. 45 % (2002) eine signifikant höhere Versorgungsquote für die Kinder im Alter von bis zu 3 Jahren auf als die FFW mit ca. 3 bis 4 % (2002), während die Versorgungsquoten für Kinder im Alter von 3 bis 6,5 Jahren in Brandenburg (2002: 98,8 %) und den FFW (94 %) nur geringfügig differieren. Mittelfristig werden sich die Versorgungsquoten für die bis zu Dreijährigen und dementsprechend auch die einschlägigen Personalkosten durch die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes und des geplanten Kinderbetreuungsausbaus für die unter Dreijährigen einander annähern, da auch in den FFW der Aufbau eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes mit einem Zielwert von 35 % verfolgt wird. Andererseits befinden sich die Tagesbetreuungseinrichtungen in Brandenburg in einem deutlich höheren Maße in öffentlicher Trägerschaft als in den FFW, was sich hier bei den Personalkosten, dort bei den Übertragungsausgaben niederschlägt.

#### Sozialausgaben

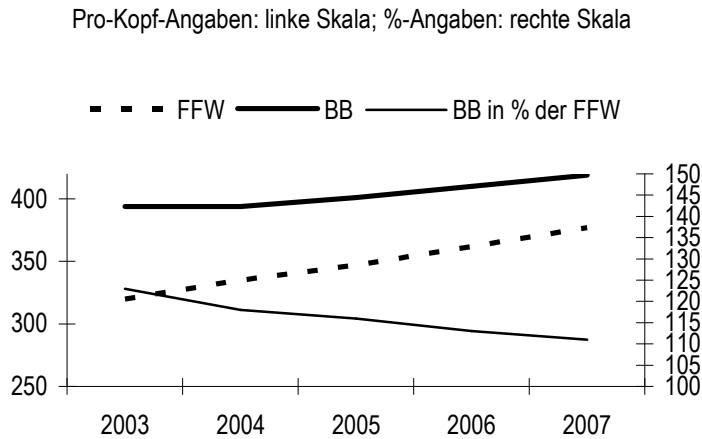
Die Sozialausgaben auf kommunaler Ebene in Brandenburg sind in den Jahren von 2003 bis 2007 um rd. 360 € je Einwohner angestiegen (FFW um 155 € je Einwohner). Die erstmalig in 2005 zu erbringenden Leistungen für die Grundsicherung der Arbeitsuchenden (Hartz IV) hatten im Jahr 2006 gegenüber 2005 zu erheblichen Mehrausgaben (+88 € je Einwohner) geführt. Demgegenüber war im Jahr 2007 im Vergleich zu 2006 ein leichter Rückgang um 15 € je Einwohner zu verzeichnen. Als Ausgleich für die kommunalen Zusatzbelastungen durch die Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten die Kommunen Ausgleichszahlungen vom Bund, die vom Land ungekürzt weitergeleitet werden. Die in Brandenburg von den FFW von 2006 zu 2007 abweichende Entwicklung bei den Sozialausgaben ist in den unterschiedlichen Anteilen von Sozialhilfe (getragen von den Kommunen) und Arbeitslosenhilfe für Arbeitsuchende (getragen vom Bund) begründet, die in 2005 in der Grundsicherung zusammengeführt wurden. Die Pro-Kopf-Sozialausgaben der Brandenburger Kommunen überstiegen in 2007 mit 701 € je Einwohner die vergleichbaren Ausgaben der FFW-Kommunen (552 € je Einwohner) um rd. 27 %; im Jahr 2004 lagen diese in den Brandenburger Kommunen noch rd. 15 % unter denen in den FFW-Kommunen.

#### Laufender Sachaufwand

Die Pro-Kopf-Ausgaben für den laufenden Sachaufwand liegen in den Kommunen Brandenburgs je Einwohner um rd. 42 € über denen der FFW-Kommunen (vgl. Abbildung III.2.5). Dabei hat sich der Abstand im letzten Jahr etwas verringert, da sich diese Ausgaben in Brandenburg nur leicht erhöhten, während sie in den FFW Kommunen um 15 € je Einwohner stiegen. Ergänzend wird in Tabelle III.2.2 die Struktur des laufenden Sachaufwands im Jahr 2007 dargestellt. Die Unterschiede resultieren aus den höheren Aufwendungen in Brandenburg bei der Bewirtschaftung von Grundstücken und höheren Aufwendungen für Erstattungen an andere Bereiche.



**Abbildung III.2.5:** Pro-Kopf-Ausgaben für laufenden Sachaufwand auf kommunaler Ebene in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

**Tabelle III.2.2:** Laufender Sachaufwand der Kommunen im Jahr 2007

in Euro je EW	Brandenburg	FFW	BB in % von FFW
Insgesamt	419	377	111%
darunter:			
1. Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	50	61	82%
2. Bewirtschaftung der Grundstücke	76	65	117%
3. sonstige sächlicher Verwaltungsausgaben	169	185	91%
4. Erstattungen an andere Bereiche	124	66	188%

Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Investive Ausgaben

Tabelle III.2.3 zeigt die Struktur der investiven Ausgaben auf kommunaler Ebene. Diese werden zu 84% von den Sachinvestitionsausgaben dominiert.

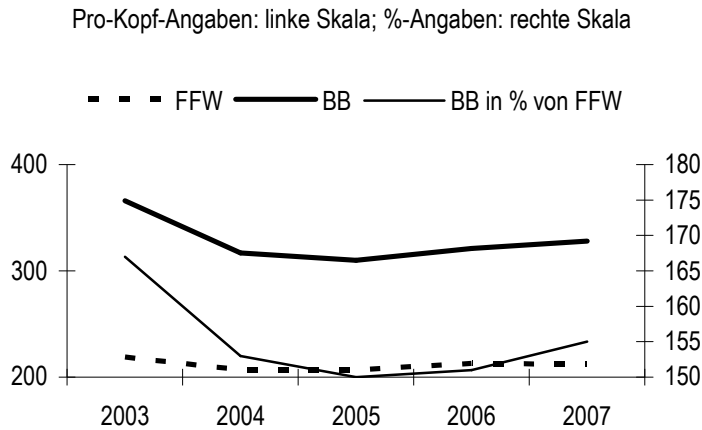
**Tabelle III.2.3:** Die Struktur der Ausgaben der Kapitalrechnung im Jahr 2007 auf kommunaler Ebene

	Brandenburg		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
investive Ausgaben insgesamt	391	100%	255	100%
darunter:				
Sachinvestitionen	328	84%	212	83%

Quelle: Angaben berechnet aus der Kassenstatistik.

Auf kommunaler Ebene lagen die Sachinvestitionsausgaben im Jahr 2007 pro Einwohner rd. 55 % über denen der Kommunen in den FFW. Nachdem diese Ausgaben in Brandenburg in den Jahren 2004 und 2005 zunächst deutlich zurückgegangen waren, ist seit dem Jahr 2006 wieder ein Anstieg zu verzeichnen (Abbildung III.2.6). Gegenüber dem Vorjahr haben die Sachinvestitionen in Brandenburg um 7 € je Einwohner zugenommen und sind in den Kommunen der FFW um 1 € je Einwohner gesunken.

**Abbildung III.2.6:** Pro-Kopf-Ausgaben für Sachinvestitionen auf kommunaler Ebene in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

### III.2.2 Die Einnahmen auf Gemeindeebene

#### Bereinigte Gesamteinnahmen

Die Gemeinden des Landes verbuchten im Jahr 2007 nach der Kassenstatistik bereinigte Gesamteinnahmen in Höhe von rd. 2.468 € je Einwohner (vgl. Tabelle III.2.4). Insgesamt 51 % der Einnahmen entfielen auf Zahlungen des Landes innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, während in den Kommunen der Vergleichsländer der Anteil der Zuweisungen aus dem Landeshaushalt bei rd. 36% lag. Aus eigenen Steuereinnahmen erwirtschafteten die Kommunen des Landes Brandenburg im Jahr 2007 lediglich rd. 20 % der Einnahmen und damit deutlich weniger als die Kommunen in den FFW. Dort belief sich die vergleichbare Quote auf 37 %. Relativ gering sind die Unterschiede bei den Erlösen aus Vermögensveräußerungen. Beim Gebührenaufkommen liegt Brandenburg rd. 32 % über dem der FFW.

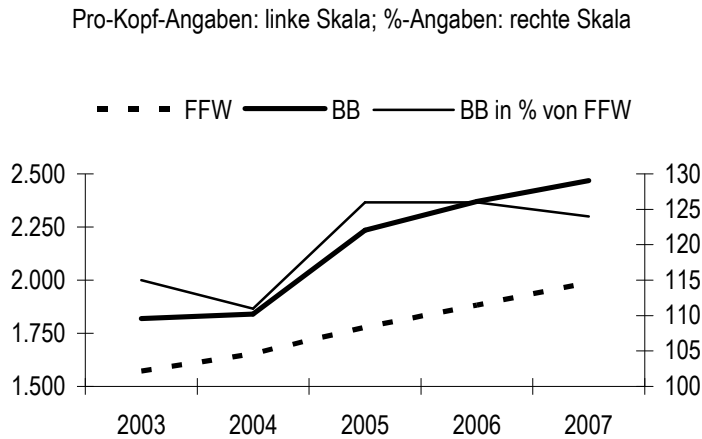
**Tabelle III.2.4:** Die Struktur der Einnahmen im Jahr 2007 auf kommunaler Ebene

Angaben gerundet	Brandenburg		FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	Euro je EW	%-Anteil
Bereinigte Einnahmen	2.468	100%	1.989	100%
darunter:				
1. Steuereinnahmen	491	20%	743	37%
2. Zahlungen vom Land in der Abgrenzung der Kassenstatistik	1.250	51%	712	36%
3. Gebühren und Verwaltungseinnahmen	210	9%	159	8%
4. Vermögensveräußerungen	60	2%	53	3%

Quelle: Angaben berechnet aus der Kassenstatistik.

In Abbildung III.2.7 ist die Entwicklung der bereinigten Einnahmen je Einwohner auf der kommunalen Ebene dargestellt. Nachdem im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 136 € je Einwohner zu verzeichnen war, sind die Einnahmen im Berichtsjahr um 97 € je Einwohner gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In den Kommunen der FFW fiel die Steigerung der Einnahmen mit 107 € je Einwohner etwas deutlicher aus. Insgesamt konnten in den Brandenburger Kommunen im Jahr 2007 rd. 124 % der durchschnittlichen Einnahmen der Kommunen in den finanzschwachen Westflächenländern erzielt werden.

**Abbildung III.2.7:** Bereinigte Pro-Kopf-Einnahmen auf kommunaler Ebene in Euro



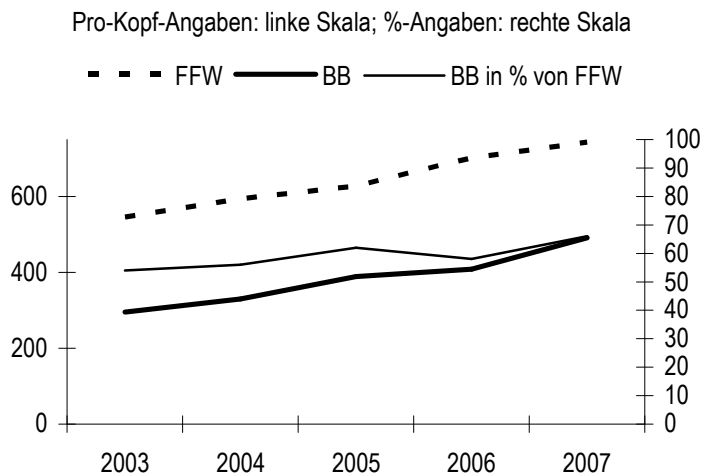
Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

### Steuereinnahmen

Die Steuerkraftrelation zwischen den Brandenburger Kommunen und dem Durchschnittswert der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer liegt im Jahr 2007 bei rd. 66 % gegenüber 58 % im Vorjahr (vgl. Abbildung III.2.8 und Tabelle III.2.5). Die Einnahmen an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sind von 103 auf 138 € je Einwohner (52 % des FFW-Niveaus) gestiegen. Das Nettogewerbesteueraufkommen ist von 178 auf 222 € je Einwohner (71 % des FFW-Niveaus) gestiegen. Die Steuerkraftrelation der Grundsteuern A und B zwischen BB und den FFW ist gleich geblieben. Die Umsatzsteuer ist in den FFW-Kommunen um 4 € je Einwohner gestiegen, in Brandenburg um 2 € je Einwohner.

Die Steuereinnahmen der Kommunen werden im Rahmen der Darstellung der Verwendung der SoBEZ zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft in Kapitel IV nochmals thematisiert.

**Abbildung III.2.8:** Pro-Kopf-Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene in Euro.



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

**Tabelle III.2.5: Pro-Kopf-Steuereinnahmen der kommunalen Ebene**

Nr.	Angaben gerundet	BB	FFW	BB in % von FFW
1.	Grundsteuer A	5	6	83%
2.	Grundsteuer B	87	119	73%
3.	Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (Brutto)	252	389	65%
3a.	Gewerbsteuer netto (d. h. abzüglich Gewerbesteuerumlage)	222	312	71%
4.	Anteil an der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer	138	263	52%
5.	Anteil an der Umsatzsteuer	33	33	100%
6.	Sonstige Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	6	10	60%
	<b>Steuereinnahmen der Gemeinden/GV insgesamt</b>	<b>491</b>	<b>743</b>	<b>66%</b>

1) ohne Anteil der Landkreise an der Grunderwerbsteuer in den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland

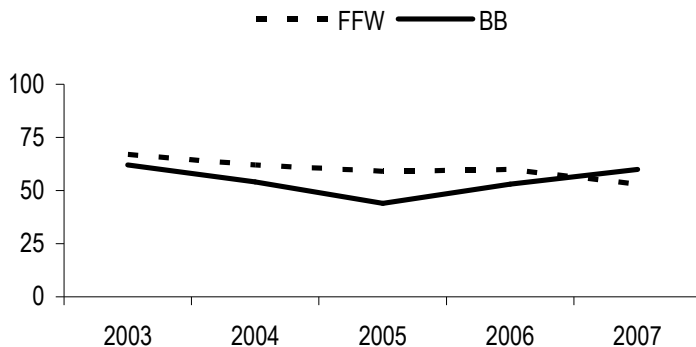
Quelle: Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes

Einnahmen aus Gebühren sowie Einnahmen aus Vermögensveräußerungen

Die Einnahmen aus Gebühren lagen in den Brandenburger Kommunen mit 210 € je Einwohner oberhalb des FFW-Vergleichswertes (159 € je Einwohner). Ursache für das höhere Gebührenaufkommen in den Brandenburger Gemeinden ist, dass im Vergleich zu den FFW vermehrt Einrichtungen mit Gebührenpflicht, wie z.B. Kindertagesstätten, in den Haushalten geführt werden.

Die Brandenburger Kommunen haben in den letzten Jahren versucht, durch Vermögensveräußerungen dem sprunghaften Anstieg ihrer Defizite, verursacht insbesondere durch Steuerausfälle, entgegenzuwirken (vgl. Abbildung III.2.9). Im Zeitraum von 2003 bis 2007 haben sie Gesamtvermögensverkäufe in Höhe von rd. 273 € je Einwohner realisiert, während in den FFW-Kommunen im gleichen Zeitraum Erlöse in Höhe von rd. 301 € je Einwohner verbucht werden konnten. Im Berichtsjahr lagen die Einnahmen aus Vermögensverkäufen in den Brandenburger Kommunen bei 60 € je Einwohner.

**Abbildung III.2.9: Vermögensverkäufe auf kommunaler Ebene in Euro je Einwohner**



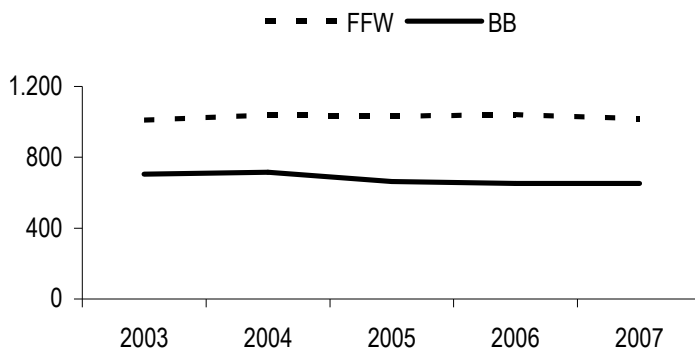
Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

**III.2.3 Verschuldung, Finanzierungssaldo und Zinsausgabenentwicklung und Begrenzung der Nettoneuverschuldung der kommunalen Ebene**

Die Brandenburger Kommunen haben mit Abstand die geringste Verschuldung in Ostdeutschland und liegen auch deutlich unter den Vergleichswerten der Kommunen in den FFW (vgl. Abbildung III.2.10). Während der Schuldenstand der Kommunen in den FFW bis 2004 auf rd. 1.039 € je Einwohner gestiegen ist, stieg er in den Kommunen in Brandenburg im selben Zeitraum leicht auf rd. 716 € je Einwohner. In den Jahren 2005 und 2006 war in Brandenburg eine Verringerung des Schuldenstandes zu verzeichnen. Im Berichtsjahr stieg der Pro-Kopf-Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr allerdings leicht um 1 € auf 653 € je Einwohner, während in den FFW-Kommunen ein Rückgang um 24 € je Einwohner auf

1.017 € zu verzeichnen war. Insgesamt belief sich im Jahr 2007 damit der Schuldenstand der Brandenburger Kommunen auf rd. 64 % des Schuldenstandes der FFW-Kommunen.

**Abbildung III.2.10:** Pro-Kopf-Schulden auf kommunaler Ebene



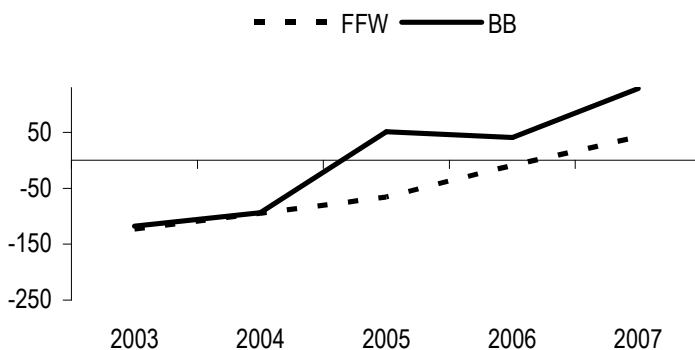
Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Zu den Kreditmarktschulden und den Schulden in öffentlichen Haushalten kommen außerdem noch die Kassenverstärkungskredite hinzu. Diese lagen bei den Brandenburger Kommunen in 2007 bei 301 € je Einwohner und sind damit um 8 € je Einwohner höher als in 2006. In den FFW-Kommunen lagen sie im Berichtsjahr bei 572 € je Einwohner und sind damit um 1 € je Einwohner höher als in 2006.

Infolge der insgesamt noch niedrigen Verschuldung müssen die Kommunen im Land Brandenburg bislang noch deutlich geringere Beträge für Zinszahlungen aufwenden. Die Zinsausgaben lagen im Jahr 2007 bei rd. 40 € je Einwohner (bzw. rd. 2 % der laufenden Ausgaben), während die FFW-Kommunen hierfür rd. 70 € je Einwohner (rd. 4 % der laufenden Ausgaben) aufwenden mussten.

Im Jahr 2005 konnte in den Brandenburger Kommunen erstmals seit 2002, bedingt durch die hohen Steuereinnahmen, wieder ein positiver Finanzierungssaldo ausgewiesen werden (51 € je Einwohner). Auch in den FFW zeigte sich eine leichte Verbesserung auf -66 € je Einwohner. Diese positive Entwicklung hat sich fortgesetzt. Im Jahr 2006 betrug der Finanzierungssaldo in Brandenburg 41 € je Einwohner, in den FFW -9 € je Einwohner und in 2007 in Brandenburg 128 € je Einwohner, in den FFW-Kommunen 42 € je Einwohner.

**Abbildung III.2.11:** Pro-Kopf-Finanzierungssalden auf kommunaler Ebene in Euro



Quelle: Berechnet aus Angaben des Statistischen Bundesamtes.

### III.3 Ausgaben und Einnahmen auf der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene

In Kapitel III.1 bzw. III.2 wurden die Einnahmen und Ausgaben auf der Ebene des Landeshaushaltes bzw. der Kommunalhaushalte getrennt dargelegt. Ergänzt wird diese Analyse durch eine Betrachtung der konsolidierten Länder- und Gemeindehaushalte, wobei sich diese auf die Darstellung der zentralen finanzwirtschaftlichen Kerndaten konzentriert.

#### III.3.1 Die Ausgaben im Land insgesamt

In Tabelle III.3.1 werden die bereinigten Gesamtausgaben sowie die Ausgaben der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung in Brandenburg auf der konsolidierten Länder- und Gemeindeebene dokumentiert und zusätzlich die Relation der jeweiligen Ausgabenkomponenten im Vergleich zum Durchschnittswert der FFW ausgewiesen.

In Brandenburg lagen die Ausgaben je Einwohner im Jahr 2007 rd. 16 % über denen der FFW. Ersichtlich ist, dass die in den letzten Jahren weitgehend stabilen gesamten Pro-Kopf-Ausgaben mit gestiegenen laufenden Ausgaben und einem Rückgang der Investitionsausgaben einhergingen. Aufgrund ihrer besseren kurzfristigen Steuerbarkeit trugen die Ausgaben der Kapitalrechnung damit die Hauptlast der unvermeidlichen Konsolidierungsmaßnahmen. Die leichte Senkung der bereinigten Gesamtausgaben in 2007 ist allein auf die rückläufigen Ausgaben der Kapitalrechnung zurückzuführen, während die laufenden Ausgaben weiter anstiegen.

**Tabelle III.3.1:** Entwicklung der bereinigten Gesamtausgaben, der Ausgaben der Kapitalrechnung und der laufenden Rechnung auf der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene in Brandenburg

Angaben gerundet	bereinigte Gesamtausgaben		Ausgaben der Kapitalrechnung		laufende Ausgaben	
	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes	Euro je EW	in % des FFW-Wertes
2003	4.649	117%	890	181%	3.758	108%
2004	4.647	118%	868	202%	3.779	107%
2005	4.589	116%	791	180%	3.804	108%
2006	4.786	119%	874	200%	3.911	109%
2007	4.767	116%	815	176%	3.952	108%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

In Tabelle III.3.2 (s. u.) werden die einzelnen Ausgabenkomponenten der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung im Jahr 2007 dargestellt und die Ausgabenstrukturen in Brandenburg mit denen in den FFW verglichen. Signifikante Niveauunterschiede bei den laufenden Pro-Kopf-Ausgaben zeigen sich insbesondere bei den Aufwendungen für aktives Personal (Personalausgaben abzüglich der Versorgungsleistungen).

Während die gesamten Personalausgaben im Land Brandenburg unterhalb des FFW-Vergleichswertes lagen, überstiegen die Ausgaben für aktives Personal in Brandenburg die der FFW wie im Vorjahr (+6%). Die langsame aber kontinuierliche Anpassung verdeutlicht die auf Dauer angelegte Wirksamkeit personalpolitischer Strukturveränderungen, aber gleichzeitig auch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Konsolidierungsprozesses im Brandenburger Haushalt.

Ursachen für die nach wie vor bestehenden Unterschiede sind in den verschiedenen Haushaltsstrukturen zu finden. So werden z. B. auf kommunaler Ebene in Brandenburg relativ mehr Kindertageseinrich-

tungen in den Haushalten geführt als im Durchschnitt der FFW. Zum Teil resultieren höhere Personalbestände auch aus den besonderen Aufbauaufgaben und der Bewältigung teilungsbedingter Lasten. Beispielsweise ist nach wie vor in den Verwaltungsbereichen, in denen deutlich höhere investive Ausgaben umgesetzt werden – sei es in Infrastrukturprojekten oder in Projekten der Wirtschaftsförderung – ein höherer Personalbesatz notwendig.

Der laufende Sachaufwand lag in Brandenburg im Jahr 2007 weiterhin rd. 6 % höher als in den FFW. Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse ohne Schuldendiensthilfen weisen aufgrund der in den vorherigen Kapiteln III.1 und III.2 aufgeführten Zusammenhänge insgesamt ein deutlich höheres Niveau als in den westdeutschen Vergleichsländern auf. Dieser Anteil ging im Berichtsjahr 2007 auf 137% zurück (Vorjahr 144%). Die Zinsausgaben in Brandenburg auf der Landes- und Gemeindeebene lagen aufgrund der auch noch im Jahr 2007 günstigen Entwicklungen unverändert mit 97 % unter dem Niveau der FFW.

Des Weiteren wird in Tabelle III.3.2 der Strukturunterschied zwischen den Sachinvestitionsausgaben und den Investitionsfördermaßnahmen deutlich. Die Sachinvestitionsausgaben in Brandenburg pro Kopf überstiegen die Vergleichswerte in den FFW um rd. 71 % und lagen damit etwas niedriger als im Vorjahr (73 %). Bei den Vermögensübertragungen, die insbesondere die Investitionsfördermaßnahmen umfassen, liegen die Vergleichswerte mit 83 % über dem Niveau der FFW sogar noch höher als bei den Sachinvestitionen. Allerdings ist in diesem Bereich ein deutlicher Rückgang des Investitionsüberschusses gegenüber den FFW festzustellen, der in 2006 noch bei 147 % lag. Das Investitionsniveau in Brandenburg ist im Wesentlichen auf den hohen investiven Mitteleinsatz von Bundes- und EU-Mitteln zurückzuführen.

**Tabelle III.3.2:** Höhe und Struktur der Ausgaben auf Landes- und Gemeindeebene im Jahr 2007

Angaben gerundet	Brandenburg			FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	BB in % von FFW	Euro je EW	%-Anteil
bereinigte Gesamtausgaben	4.767	100%	116%	4.114	100%
A. laufende Ausgaben	3.952	83%	108%	3.650	89%
darunter:					
1. Personalausgaben	1.391	29%	88%	1.588	39%
darunter:					
1a) Versorgungsleistungen	45	1%	14%	319	8%
1b) Bezüge für aktives Personal	1.346	28%	106%	1.269	31%
2. Zinsausgaben	352	7%	97%	363	9%
3. laufender Sachaufwand	627	13%	106%	590	14%
4. laufende Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche o. Schuldendiensthilfen	1.503	32%	137%	1.094	27%
B. investive Ausgaben	815	17%	176%	464	11%
darunter:					
1. Sachinvestitionen	419	9%	171%	245	6%
2. Vermögensübertragungen	394	8%	183%	215	4%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### III.3.2 Die Einnahmen im Land insgesamt

Tabelle III.3.3 zeigt die Höhe und Struktur der Einnahmen im Jahr 2007. Die Gesamteinnahmen pro Kopf lagen um rd. 25 % über denen der FFW. Die gesamten Steuereinnahmen des Landes und seiner Kommunen betragen dagegen nur rd. 92 % der Pro-Kopf-Steuererinnahmen der FFW. Die Transferabhängigkeit Brandenburgs und seiner Kommunen zeigt sich darin, dass nur 53 % der Einnahmen aus Steuern (bereits nach der Umsatzsteuerverteilung im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs) erzielt werden. In den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern liegt diese Quote hingegen bei immerhin rd. 71 %.

**Tabelle III.3.3:** Höhe und Struktur der Einnahmen auf Landes- und Gemeindeebene im Jahr 2007

Angaben gerundet	Brandenburg			FFW	
	Euro je EW	%-Anteil	BB in % von FFW	Euro je EW	%-Anteil
bereinigte Gesamteinnahmen	5.040	100%	125%	4.047	100%
A. laufende Einnahmen	4.627	92%	121%	3.823	94%
darunter:					
Steuereinnahmen	2.650	53%	92%	2.893	71%
B. Einnahmen der Kapitalrechnung	413	8%	184%	224	6%

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### III.3.3 Verschuldung, Finanzierungssaldo und Zinsausgabenentwicklung im Land Brandenburg

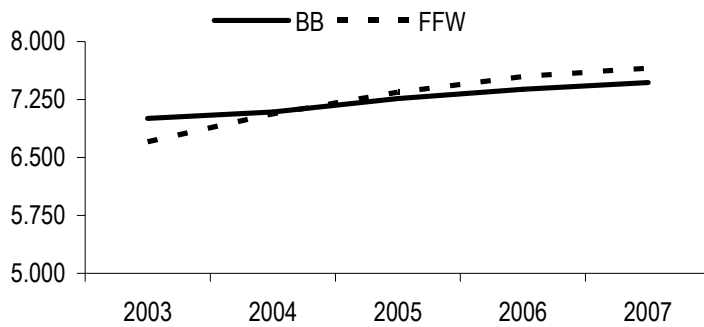
Die Pro-Kopf-Schulden des Landes und seiner Kommunen hatten zwar im Jahr 2002 das Niveau der FFW überschritten (vgl. Abbildung III.3.1), liegen aber aufgrund der erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen seit dem Jahr 2005 wieder darunter. Ursächlich für den gleichwohl hohen Schuldenstand des Landes ist eine Unterfinanzierung Brandenburgs - wie auch der anderen ostdeutschen Länder - Anfang der 1990er Jahre bis zu seiner Einbeziehung in das Finanzausgleichssystem im Jahr 1995. Allerdings steigt seit dem Jahr 2005 die Pro-Kopf-Verschuldung in Brandenburg aufgrund der mit der Konsolidierung erreichten schnelleren Rückführung der jährlichen Nettokreditaufnahme geringfügig langsamer als in den Vergleichsländern.

Der Schuldenstand von Land und Kommunen hat sich in Brandenburg aufgrund des Einwohnerrückgangs und des stichtagsbezogenen Liquiditätsmanagements trotz des Verzichts des Landes auf eine Nettokreditaufnahme im Jahr 2007 weiter erhöht und beträgt nun mit 7.470 € je Einwohner, rd. 2,4 % weniger als in den FFW. In Abbildung III.3.1 wird die Verlangsamung des Schuldenzuwachses deutlich.<sup>2</sup>

<sup>2</sup> Entgegen den Darstellungen in den früheren Fortschrittsberichten wurde auf die Daten der Schuldenstandstatistik zum 31.12. zurückgegriffen und nicht wie in den Vorjahren auf die Angaben der Kassenstatistik. Daher sind die Zahlendarstellungen mit den Angaben der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.



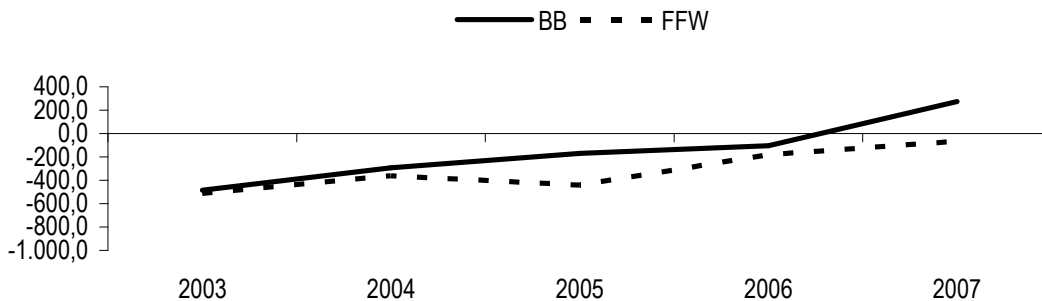
**Abbildung III.3.1:** Pro-Kopf-Schulden des Landes und der Kommunen



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, Jahresabschlussdaten, eigene Berechnungen

Dies wird auch durch die Entwicklung des Finanzierungssaldos der Landes- und Gemeindeebene (vgl. Abbildung III.3.2) belegt. Dabei sind die langfristigen Auswirkungen der Unterfinanzierung des Landes am Anfang der 1990er Jahre immer noch spürbar. Aufgrund der damit verbundenen hohen Schuldenaufnahme resultieren langfristige Zins- und Tilgungslasten, die das Land und seine Kommunen dauerhaft belasten. Nachdem es bereits im Jahr 2006 gelungen war, den Finanzierungssaldo auf  $-105 \text{ €}$  je Einwohner zu verringern, war in 2007 dieses Ergebnis mit  $+273 \text{ €}$  je Einwohner erstmals positiv. In den Vergleichsländern verringerte sich dagegen der Finanzierungssaldo zwar deutlich um  $114 \text{ €}$  je Einwohner auf  $-66 \text{ €}$  je Einwohner. Er verbleibt damit aber immer noch im negativen Bereich und erheblich unter dem Brandenburger Wert.

**Abbildung III.3.2:** Finanzierungssaldo des Landes und der Kommunen in Euro je Einwohner



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

### III.4 Zusammenfassende Bewertung der finanzwirtschaftlichen Entwicklungen in Brandenburg

Aufgezeigt wurde die finanzwirtschaftliche Entwicklung auf der Ebene des Landeshaushaltes, der Kommunalhaushalte und der konsolidierten Haushalte des Landes und der Kommunen. Dabei wurden alle Kennziffern mit Daten der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer verglichen. Es zeigt sich auch nach 17 Jahren Anpassungsprozess, dass die finanzwirtschaftliche Entwicklung des Landes immer noch von den teilungsbedingten Lasten und den damit verbundenen spezifischen finanzwirtschaftlichen Problemen geprägt ist.

Die Bestandsaufnahme verdeutlicht, dass trotz der aus den Strukturunterschieden resultierenden teilungsbedingten Sonderlasten erhebliche Anstrengungen von Land und Kommunen unternommen wer-

den, die Konsolidierung des Haushaltes voranzubringen. So werden u. a. die derzeit noch hohen Personalbestände konsequent weiter reduziert. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Entwicklung sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite von Faktoren und Entwicklungen bestimmt wird, die vom Land selbst weder unmittelbar steuerbar sind, noch in seiner Entscheidungsmitverantwortung liegen.

Die Konsolidierung der Landes- und Gemeindehaushalte muss den höchsten Stellenwert einnehmen, um mittel- und langfristig handlungsfähig zu bleiben. Nach den Einnahmeeinbrüchen insbesondere im Jahr 2002 konnten in den Jahren danach und insbesondere aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung ab dem Jahr 2006 deutlich erkennbare Reduzierungen der Finanzierungssalden erreicht werden. Im Berichtsjahr 2007 setzte sich diese erfreuliche Entwicklung mit dem Meilenstein eines erstmals positiven Finanzierungssaldos fort. Einen wesentlichen Beitrag dazu lieferten die noch bis Ende 2007 wirksamen Regelungen des Haushaltssicherungsgesetzes 2003, mit dem die Gesamtausgaben in ihrem Wachstum begrenzt wurden. Dies hat allerdings vorrangig zu geringeren Ausgaben im investiven Bereich geführt, auch wenn diese bei einer Investitionsquote (Land) von 17,4 % (Vorjahr 18,5 %) noch immer weit über dem Niveau der vergleichbaren westdeutschen Länder liegen.

Die weitere Verbesserung des Finanzierungssaldos sowie der dauerhafte Verzicht auf eine Nettokreditaufnahme bleiben die zentralen Aufgaben. Angesichts der Tatsache, dass das Land insgesamt einen Schuldenstand auf dem Niveau der hoch verschuldeten strukturschwachen Westflächenländer erreicht hat und damit auch bereits signifikante Teile der Einnahmen der laufenden Rechnung für Zinsausgaben aufwenden muss, gibt es zur Politik einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen durch Einsparungen, insbesondere bei den Personalausgaben und anderen konsumtiven Ausgaben, keine Alternative. Die Personalbestände werden weiterhin zurückgeführt. Alle anderen Aufgaben werden ebenfalls verstärkt auf den Prüfstand gestellt, wobei auch bei den investiven Ausgaben vor dem Hintergrund der zu erwartenden geringeren EU- und Bundesmittel künftig noch anspruchsvollere Effizienz- und Bedarfskriterien zugrunde gelegt werden müssen.

#### IV. Verwendung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen im Berichtsjahr 2007

Inhaltlicher Schwerpunkt des Fortschrittsberichts ist der Nachweis der SoBEZ-Verwendung. Die Gliederung der Darstellung ergibt sich unmittelbar aus der Gesetzesvorgabe des § 11 Abs. 3 FAG. Dokumentiert wird die Verwendung der SoBEZ

- zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und
- zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (ukF).

##### IV.1 Maßnahmen zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten bei Investitionen

Für eine nachvollziehbare und quantitativ aussagefähige „Verwendungsrechnung“ ist es erforderlich, den Umfang der eigenfinanzierten Investitionen des Landes Brandenburg darzustellen. Dazu werden die investiven Ausgaben des Landes mit der hierfür erforderlichen Kreditaufnahme sowie den Zweckzuweisungen für Investitionsmaßnahmen saldiert. Zusätzlich zu den in den Hauptgruppen 7 und 8 verbuchten Ausgaben werden Ausgaben für Schuldendiensthilfen der Obergruppe 66 (OGr. 66), ohne den Wohnungsbaubereich, berücksichtigt, die ausschließlich der Förderung der Infrastruktur dienen.

Der Ausweis erfolgt bei der Berechnung der investiven Verwendung der SoBEZ auf der Ebene des Landeshaushaltes wie auch auf der konsolidierten Ebene. Die so definierten eigenfinanzierten Investitionen beschreiben den Teil der SoBEZ, der zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten an dem bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarf eingesetzt worden ist.

Die aus den SoBEZ finanzierten Investitionen des Landes Brandenburg werden - getrennt für die Ebene des Landes und die konsolidierte Landes- und Gemeindeebene - nach dem folgenden, zwischen BMF und ostdeutschen Ländern abgestimmten Schema ermittelt:

1. Investitionsausgaben (HGr 7, OGr. 81, 82, 88 und 89 sowie Schuldendiensthilfen an Sonstige ohne Wohnungsbaubereich, OGr. 66)
abzüglich:
2. investive Einnahmen (OGr. 33 und 34, ohne IfG)
=
3. eigenfinanzierte Investitionen
abzüglich:
4. anteilige Nettokreditaufnahme für Investitionen <sup>*)</sup>
=
5. aus den SoBEZ finanzierte Investitionen

<sup>\*)</sup> Die anteilige Nettokreditaufnahme ergibt sich gemäß der Relation: NKA minus der Differenz aus den investiven Gesamtausgaben und den unter 1. berücksichtigten Investitionsausgaben.

Für die konsolidierte Länder- und Gemeindeebene wird ein analoges Berechnungsschema verwendet. Dabei werden die Investitionsausgaben um die investiven Einnahmen der Kommunen vom Land (OGr. 88) bereinigt. Auf die Darstellung des Schemas wird hier verzichtet.

Die Investitionsausgaben (in der Abgrenzung des obigen Berechnungsschemas) verringerten sich auf der Landesebene im Berichtsjahr mit 655 € je Einwohner zwar auf den niedrigsten Wert seit 2003. Jedoch konnte gleichzeitig im Haushaltsvollzug 2007 erstmals auf eine Nettokreditaufnahme verzichtet werden. Darüber hinaus waren auch die investiven Einnahmen je Einwohner rückläufig. Im Ergebnis stieg damit der Anteil der investiven Verwendung der SoBEZ allein auf der Ebene des Landes (vgl. Tab. IV.1.1a) auf 69 % und damit auf den höchsten Wert seit 2000.

**Tabelle IV.1.1a:** Berechnung der aus den SoBEZ finanzierten Investitionen in Brandenburg (**nur Landesebene**) in Euro je Einwohner

Nr.		2003	2004	2005	2006	2007
<b>1.</b>	<b>Investitionsausgaben</b>	<b>662</b>	<b>706</b>	<b>663</b>	<b>694</b>	<b>655</b>
	Sachinvestitionen (7+81+82)	140	140	89	109	91
	Investive Zuweisungen und Zuschüsse an den öffentlichen Bereich (88)	288	258	292	302	295
	Investitionszuschüsse an andere Bereiche (89)	233	308	259	259	245
	anrechenbare Schuldendiensthilfen der Ogr. 66		0	23	25	24
<b>2.</b>	<b>investive Einnahmen</b>	<b>234</b>	<b>289</b>	<b>319</b>	<b>301</b>	<b>292</b>
	OGr. 33	167	189	142	148	158
	OGr. 34	67	100	177	152	134
<b>3.</b>	<b>eigenfinanzierte Investitionen (1. – 2.)</b>	<b>428</b>	<b>417</b>	<b>344</b>	<b>394</b>	<b>363</b>
<b>4.</b>	<b>anteilige NKA</b>	<b>-421</b>	<b>-249</b>	<b>-172</b>	<b>-90</b>	<b>43</b>
<b>5.</b>	<b>aus den SoBEZ finanzierte Investitionen (3. + 4)</b>	<b>6</b>	<b>168</b>	<b>172</b>	<b>304</b>	<b>406</b>
<b>6.</b>	<b>empfangene SoBEZ</b>	<b>580</b>	<b>581</b>	<b>589</b>	<b>588</b>	<b>585</b>
<b>7.</b>	<b>Anteil der inv. Verwendung der SoBEZ</b>	<b>1%</b>	<b>29%</b>	<b>29%</b>	<b>52%</b>	<b>69%</b>

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen, Abweichungen durch Rundung

Auch auf der **konsolidierten Landes- und Gemeindeebene** (vgl. Tabelle IV.1.1b) konnte die investive Verwendung im Vergleich zu den Vorjahren weiter verbessert werden. Dazu hat auch der gänzliche Verzicht auf eine Nettokreditaufnahme auf Landesebene beigetragen. Insgesamt sind im Berichtsjahr 84 % der erhaltenen SoBEZ für Infrastrukturinvestitionen verwendet worden. Damit konnte im Jahr 2007 die Nachweisquote des Vorjahres nochmals deutlich gesteigert werden.

**Tabelle IV.1.1b:** Berechnung der aus den SoBEZ finanzierten Investitionen in Brandenburg (**Landes- und Gemeindeebene**) in Euro je Einwohner

Nr.		2003	2004	2005	2006	2007
<b>1.</b>	<b>Investitionsausgaben</b>	<b>855</b>	<b>811</b>	<b>763</b>	<b>830</b>	<b>785</b>
	Sachinvestitionen (7+81+82)	506	456	399	429	419
	Investitionszuschüsse an andere Bereiche (89)	349	355	341,1	376	342
	anrechenbare Schuldendiensthilfen der Ogr. 66			23	25	24
<b>2.</b>	<b>investive Einnahmen</b>	<b>297</b>	<b>344</b>	<b>368</b>	<b>351</b>	<b>335</b>
	OGr. 33	192	209	157	162	172
	OGr. 34	105	135	211	189	162
<b>3.</b>	<b>eigenfinanzierte Investitionen (1. – 2.)</b>	<b>558</b>	<b>467</b>	<b>395</b>	<b>480</b>	<b>450</b>
<b>4.</b>	<b>anteilige NKA</b>	<b>-412</b>	<b>-241</b>	<b>-148</b>	<b>-54</b>	<b>43</b>
<b>5.</b>	<b>aus den SoBEZ finanzierte Investitionen (3. + 4.)</b>	<b>146</b>	<b>226</b>	<b>247</b>	<b>426</b>	<b>493</b>
<b>6.</b>	<b>empfangene SoBEZ</b>	<b>580</b>	<b>581</b>	<b>589</b>	<b>588</b>	<b>585</b>
<b>7.</b>	<b>Anteil der inv. Verwendung der SoBEZ <sup>1)</sup></b>	<b>25%</b>	<b>39%</b>	<b>42%</b>	<b>72%</b>	<b>84%</b>

Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen, Abweichungen durch Rundung

<sup>1)</sup> Nachberechnungen haben für 2004 durch eine weitere Anerkennung von 93 Mio. € zu einem Nachweis von 43 % geführt.

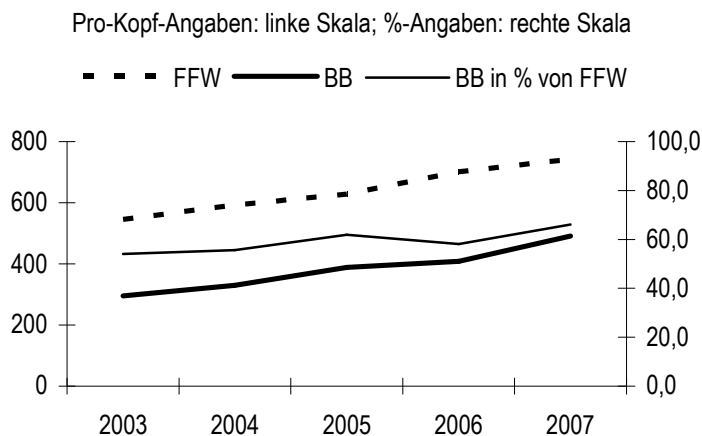
### Zusammenfassende Bewertung der Verwendung der SoBEZ zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten bei Investitionen

Durch den strikten Konsolidierungskurs ist es seit dem Tiefstand 2003 gelungen, die Nachweisquote für die investive Verwendung der SoBEZ in Brandenburg kontinuierlich von 25 % auf jetzt 84 % zu steigern. Im Rahmen des vereinbarten Berechnungsschemas ist dabei sowohl die Fortführung der Investitionen auf hohem Niveau als auch die stetige Verringerung der Neuverschuldung von ausschlaggebender Bedeutung. Der vollständige Verzicht auf eine zusätzliche Kreditaufnahme auf Landesebene in 2007 markiert daher einen wichtigen Erfolg auf dem Weg zu einem vollständigen Nachweis der zweckentsprechenden SoBEZ-Verwendung.

## IV.2 Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft

Die ostdeutschen Kommunen verfügen nach wie vor über eine deutlich geringere Steuerkraft als die Kommunen in den finanzschwachen westlichen Flächenländern. Im Berichtsjahr verfügten die Brandenburger Kommunen mit 491 € je Einwohner über einen Anteil von rd. 66 % (entspricht einem Anstieg verglichen zum Vorjahr um 8 Prozentpunkte) der eigenen Steuereinnahmen gegenüber den Kommunen der Vergleichsländer mit 743 € je Einwohner (vgl. Abbildung IV.2.1).

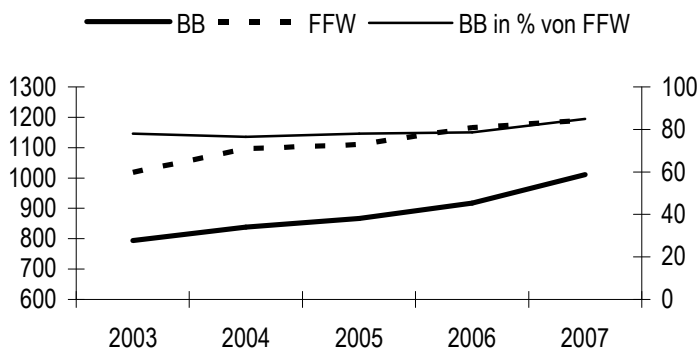
Abbildung IV.2.1: Pro-Kopf-Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene in Euro



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, eigene Berechnungen

Ein Blick auf die „bereinigten *Eigeneinnahmen*“ zeigt die Einnahmeschwäche der Kommunen deutlich (vgl. Abbildung IV.2.2). Diese sind definiert als die bereinigten Einnahmen der Kommunen abzüglich der Zuweisungen des Landes und des Bundes. Während in den FFW die Kommunen im Jahr 2007 eigene Einnahmen in Höhe von 1.190 € je Einwohner erzielten, lagen diese in den Gemeinden des Landes Brandenburg bei rd. 1.011 € je Einwohner und damit bei rd. 85 % des FFW-Wertes. Hier ist ein Anstieg von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

**Abbildung IV.2.2:** Bereinigte „Eigeneinnahmen“ der Kommunen in Euro je Einwohner



Quelle: Berechnet aus Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg (LDS)

Die ostdeutschen Länder müssen daher über überproportionale Zuweisungen aus den anderen öffentlichen Haushalten die Lücke zwischen den Pro-Kopf-Einnahmen ihrer Kommunen und den Pro-Kopf-Einnahmen der Kommunen im Durchschnitt der Vergleichsländer schließen, um eine dem Niveau der FFW entsprechende kommunale Leistungserstellung zu ermöglichen. *Zusätzlich* müssen die ostdeutschen Länder ihren Kommunen, gemessen an den FFW, überproportionale Zuweisungen zur Verfügung stellen, um sie in die Lage zu versetzen, Investitionen zur Schließung der Infrastrukturlücke zu finanzieren.

Die überproportionalen Zuweisungen des Landes Brandenburg zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft sowie zur Stärkung der Investitionsfinanzierungskraft müssen aus Zuweisungen finanziert werden, die das Land infolge der geringen *kommunalen* Steuerkraft zu einem Teil aus dem LFA und den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen (Fehl-BEZ), zum anderen Teil aus den SoBEZ erhält. Darüber hinaus muss das Land Zuweisungen an seine Kommunen leisten, die in etwa mit denen der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer vergleichbar sind („Basiszuweisungen“). Das konkrete Volumen dieser Zahlungen hängt von der Aufgabenteilung zwischen dem Land und seinen Kommunen ab.

Analytisch lassen sich somit die Zuweisungen des Landes Brandenburg an seine Kommunen in drei Komponenten zerlegen:

- a) Zuweisungen zum Ausgleich der geringen Steuerkraft der Kommunen,
- b) Zuweisungen auf dem Niveau der kommunalen Zuweisungen der FFW („Basiszuweisungen“) und
- c) Zuweisungen zur Finanzierung überproportionaler Investitionen.

Nach diesem Schema entfallen 2007 von den Gesamtzuweisungen des Landes an die Gemeinden in Höhe von rd. 3,3 Mrd. € rechnerisch rd. 0,64 Mrd. € auf den Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft, rd. 1,87 Mrd. € auf die so genannten „Basiszuweisungen“ und 0,79 Mrd. € auf Leistungen zur Finanzierung überproportionaler Investitionen auf kommunaler Ebene (vgl. Tabelle IV.2.1).

**Tabelle IV.2.1:** Struktur der Zuweisungen des Landes Brandenburg an die kommunale Ebene im Jahr 2007 (Angaben gerundet)

Zuweisungen des Landes Brandenburg an die Kommunen		
(Gesamtbetrag 2007: rd. 3,3 Mrd. €)		
a) Zuweisungen zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft	b) Zuweisungen auf dem Niveau der Zuweisungen der finanzschwachen Westflächenländer an ihre Kommunen	c) Überproportionale Leistungen zur Finanzierung des Abbaus des Infrastrukturdefizits auf kommunaler Ebene
rd. 0,64 Mrd. €	rd. 1,87 Mrd. € <sup>1)</sup>	rd. 0,79 Mrd. € <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Diese Komponente wird geschätzt, indem die durchschnittlichen Zuweisungen der FFW je Einwohner mit der Einwohnerzahl des Landes Brandenburg multipliziert werden.

<sup>2)</sup> Dieser Betrag ergibt sich aus der Gesamtsumme der Zuweisungen des Landes Brandenburg an seine Kommunen abzüglich der Teilkomponenten a) und b).

Zur Bestimmung des Anteils, den das Land Brandenburg zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft (ukF) aus den SoBEZ einsetzen muss, werden zunächst die Mittel bestimmt, die das Land aufgrund der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft seiner Kommunen aus dem LFA einschließlich der Fehl-BEZ erhält. Die dann noch verbleibende Differenz ist aus den SoBEZ zu finanzieren.

Mit Änderung des LFA ab dem 01.01.2005 werden die Steuereinnahmen der Gemeinden im bundesstaatlichen Finanzausgleich mit 64 % statt bisher mit 50 % berücksichtigt. Damit wird ein höherer Anteil der originären ukF bereits im LFA und durch die Fehl-BEZ ausgeglichen, der damit für den SoBEZ-Nachweis entfällt. In der Berechnung der ukF ist daher sicherzustellen, dass den finanzschwachen Ländern dafür lediglich ein angemessener, aber kein vollständiger Ausgleich gewährt wird. Das bedeutet, dass auch der Ausgleich für die unterproportionale Finanzkraft über die SoBEZ nur angemessen vorgenommen werden kann.

Die seit dem Berichtsjahr 2005 angewandte Berechnungsmethode enthält die folgenden Schritte:

- (1) Zuerst erfolgt die Bestimmung der kommunalen Finanzkraftmesszahl nach Definition der §§ 8 und 9 Abs. 3 FAG.
- (2) Die kommunale Finanzkraft wird bereits teilweise durch den Länderfinanzausgleich (LFA) sowie die Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (Fehl-BEZ) angehoben. Für die Bestimmung dieses Betrages werden die entsprechenden Ausgleichszuweisungen auf die Landes- und Kommunalebene aufgeteilt.
- (3) Dazu wird zunächst die Finanzkraftmesszahl nach LFA und Fehl-BEZ insgesamt für Länder- und Kommunalebene zur Ausgleichsmesszahl ins Verhältnis gesetzt.
- (4) Die so ermittelte relative Finanzkraft aus (3) wird auf den kommunalen Teil übertragen. Dazu wird die kommunale Ausgleichsmesszahl, und dabei nur der im LFA berücksichtigte Anteil von 64 %, mit der relativen Finanzkraft multipliziert. Abzüglich der anteiligen kommunalen Finanzkraft ergibt sich die Höhe der Anhebung im Rahmen des LFA und damit die kommunale Finanzkraft nach LFA und Fehl-BEZ.
- (5) Wird nun die kommunale Finanzkraft zu 100 % nach LFA und Fehl-BEZ ins Verhältnis zur kommunalen Ausgleichsmesszahl zu 100 % gesetzt, ergibt sich die relative kommunale Finanzkraft nach LFA/Fehl-BEZ.
- (6) Als Referenzland wird das westdeutsche Land mit der geringsten relativen kommunalen Finanzkraft gewählt. Im Jahr 2007 ist dies die Hansestadt Bremen (HB).

Zur Ermittlung der anrechenbaren SoBEZ wird die nach geltendem Finanzausgleichsgesetz bestehende Lücke zum Referenzland entsprechend § 10 FAG aufgefüllt. Die Differenz zum Referenzland wird zunächst in Prozentpunkten ermittelt, die durch Multiplikation mit der kommunalen Ausgleichsmesszahl zu 100 % den Betrag ergibt. Dieser Betrag entspricht der durch die SoBEZ ausgeglichenen ukF.

Im Finanzausgleichsjahr 2007 wurde die Finanzkraft des Landes Brandenburg einschl. seiner Kommunen durch LFA und Fehl-BEZ auf 98,46 % seiner Ausgleichsmesszahl angehoben. Im zugrunde gelegten Referenzland HB verringerte sich die relative Finanzkraft leicht auf 97,74 %. Verteilt auf Land und Kommunen ergibt sich eine relative kommunale Finanzkraft in Brandenburg von 83,29 % gegenüber 92,16 % im Vergleichsland. Ein Ausgleich dieser Finanzkraftunterschiede über den Ausgleichsmechanismus des § 10 FAG ergibt einen Betrag von rd. 191 Mio. €, der dem SoBEZ-Nachweis der ukF entspricht und in Ansatz gebracht wurde. Das entspricht einem Verwendungsanteil der SoBEZ im Jahr 2007 von 12,9 %.

**Tabelle IV.2.2:** Bestimmung der zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft im Land Brandenburg erforderlichen SoBEZ

Angaben in Euro je Einwohner	2001	2002	2003	2004
a) Steueraufkommen der Gemeinden	292	312	295	330
b) ukF <sup>1)</sup>	286	269	251	263
davon finanziert durch:				
b.1) LFA + Fehlbetrags-BEZ	118	112	125	128
b.2) SoBEZ	168	156	126	135
c) %-Anteil der SoBEZ Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft	29,1	28,2	21,7	23,2

Nachweisschema ab 2005	2005 (SL)	2006 (HB)	2007(HB)
a) relative kommunale Finanzkraft nach LFA / Fehl-BEZ in v. H. in Brandenburg	82,69	84,12	83,29
b) relative kommunale Finanzkraft nach LFA/Fehl-BEZ in v. H. im Vergleichsland	93,85	91,66	92,16
c) Auffüllung der Lücke durch SoBEZ in Mio. €	197	152	191
c.1) auf LFA-Berechnung basierend	151	116	147
c.2) auf Fehl-BEZ-Berechnung basierend	46	36	44
d) %-Anteil der SoBEZ Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft	13,1	10,1	12,9
e) SoBEZ-Nachweis in € / EW	77	60	75

Quelle: Eigene Berechnungen, Angaben gerundet, siehe Text.

<sup>1)</sup> Pro-Kopf-Steueraufkommen im Durchschnitt der FFW-Kommunen minus Pro-Kopf-Steueraufkommen der Brandenburger Kommunen.

Der deutliche Rückgang des Anteils der SoBEZ, die seit dem Jahr 2005 zum Ausgleich der ukF herangezogen werden, resultiert aus der erhöhten Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft und den Tarifveränderungen im LFA.



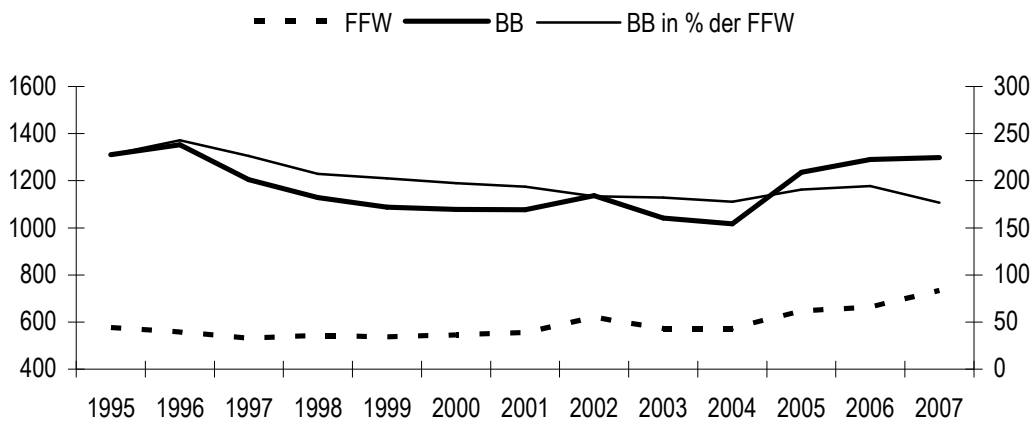
### Zusammenfassende Bewertung der Verwendung der SoBEZ zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft

Die Kommunen im Land Brandenburg – wie auch die der anderen ostdeutschen Länder – haben eine deutlich unterdurchschnittliche Finanzkraft, deren Ursache vornehmlich in der zu geringen eigenen Steuerkraft liegt. Daran hat sich grundsätzlich auch im Jahr 2007 nichts geändert, auch wenn die Steigerung der Pro-Kopf-Steuereinnahmen höher ausfiel als in den westdeutschen Vergleichsländern und es damit prozentual zu einer Verringerung der steuerlichen Einnahmelücke kam (vgl. Abbildung IV.2.1). Werden die Gesamteinnahmen der Kommunen, abzüglich der Zuweisungen des Landes an die Kommunen, betrachtet (vgl. Abbildung IV.2.2), lag die Eigenfinanzierungskraft der Brandenburger Kommunen im Jahr 2007 wie in den Vorjahren mit rd. 180 € je Einwohner erneut erheblich unter dem FFW-Vergleichswert von 1.190 €/Einwohner.

Überproportionale öffentliche Investitionen zur Schließung der Infrastrukturlücke erfordern zusätzliche Transfers an die Brandenburger Kommunen. Mit Zuweisungen in Höhe von 1.298 € je Einwohner leistete das Land Brandenburg auch im Berichtsjahr um 77 % höhere Zahlungen an seine Kommunen – innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs – als die FFW (vgl. Abbildung IV.2.3). Diese hohen überdurchschnittlichen Zuweisungen werden zum Teil aus dem LFA – einschließlich der Fehl-BEZ – sowie aus den SoBEZ finanziert.

**Abbildung IV.2.3:** Pro-Kopf-Zahlungen des Landes Brandenburg an die kommunale Ebene in Euro

Pro-Kopf-Angaben: linke Skala; %-Angaben: rechte Skala



Quelle: Berechnet aus Angaben der Kassenstatistik.

### IV.3 Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ

Bei der zusammengefassten Betrachtung der Berechnungsergebnisse über aus den SoBEZ finanzierte Infrastrukturinvestitionen (konsolidierte Ebene) und der Beträge für die ukF ergibt sich folgende Darstellung:

**Tabelle IV.3.1:** Zusammenfassende Verwendungsrechnung der SoBEZ (Landes- und Gemeindeebene) für das Land Brandenburg

in Euro je Einwohner

Nr.		2003	2004	2005	2006	2007
1.	Investive Verwendung	145	226	247	426	493
2.	Ausgleich der ukF	126	135	77	60	75
3.	AAÜG	160	157	0 <sup>2)</sup>	0 <sup>2)</sup>	0 <sup>2)</sup>
4.	Zweckgemäße Verwendung (1. + 2. + 3.)	431	518	324	485	568
5.	SoBEZ	580	581	589	588	585
6.	Saldo zweckgemäße Verwendung – SoBEZ (4. – 5.)	-149	-63	-265	-103	-17
7.	Verwendungsanteil	74%	89% <sup>1)</sup>	55%	83%	97%

Quelle: Eigene Berechnungen, siehe Text, Abweichungen durch Rundungen.

<sup>1)</sup> Nachberechnungen haben für 2004 durch eine weitere Anerkennung von 93 Mio. € zu einem Nachweis von 96 % geführt.

<sup>2)</sup> Die Erstattungen des Landes nach dem AAÜG betragen im Jahr 2005 404 Mio. € bzw. rd. 158 €/Einwohner, im Jahr 2006 insgesamt 426 Mio. € bzw. 167 €/Einwohner und im Jahr 2007 429 Mio. € bzw. 169 €/Einwohner. Diese Beträge werden seit 2005 nicht mehr im Rahmen des Berechnungsschemas nachgewiesen.

nachrichtlich: in Mio. Euro

Nr.		2003	2004	2005	2006	2007
1.	Investive Verwendung	374	582	633	1.087	1.253
2.	Ausgleich der ukF	325	348	197	152	191
3.	AAÜG	413	403	0 <sup>2)</sup>	0	0
4.	Zweckgemäße Verwendung (1. + 2. + 3.)	1.112	1.333	830	1.239	1.444
5.	SoBEZ	1.493	1.493	1.509	1.502	1.487
6.	Saldo zweckgemäße Verwendung – SoBEZ (4. – 5.)	-381	-160	-679	-263	-43
7.	Verwendungsanteil	74%	89% <sup>1)</sup>	55%	83%	97%

Quelle: Eigene Berechnungen, siehe Text, Abweichungen durch Rundungen.

<sup>1)</sup> Nachberechnungen haben für 2004 durch eine weitere Anerkennung von 93 Mio. € zu einem Nachweis von 96 % geführt.

<sup>2)</sup> Die Erstattungen des Landes nach dem AAÜG betragen im Jahr 2005 404 Mio. € bzw. rd. 158 €/Einwohner, im Jahr 2006 insgesamt 426 Mio. € bzw. 167 €/Einwohner und im Jahr 2007 429 Mio. € bzw. 169 €/Einwohner. Diese Beträge werden seit 2005 nicht mehr im Rahmen des Berechnungsschemas nachgewiesen.

Der Nachweis für eine zweckentsprechende Verwendung der SoBEZ kann im Berichtsjahr 2007 zu 97 % erbracht werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine deutliche Steigerung.

Aus dem rechnerischen Ergebnis der SoBEZ-Verwendung 2007 wird jedoch nicht ersichtlich, in welchem Umfang im Land überdurchschnittliche Investitionsausgaben getätigt und Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke erzielt wurden (vgl. Kapitel V). Ein dauerhafter Verzicht auf eine NKA ist die zwingende Voraussetzung zur Gesundung des Haushaltes des Landes Brandenburg. Bei gleichzeitig hohen Investitionsausgaben zur Schließung der zu den westdeutschen finanzschwachen Flächenländern bestehenden Infrastrukturlücke wird hierdurch auch die zweckentsprechende Verwendung der SoBEZ gewährleistet.

## **IV.4. Teilungsbedingte Sonderlasten außerhalb des SoBEZ-Nachweises**

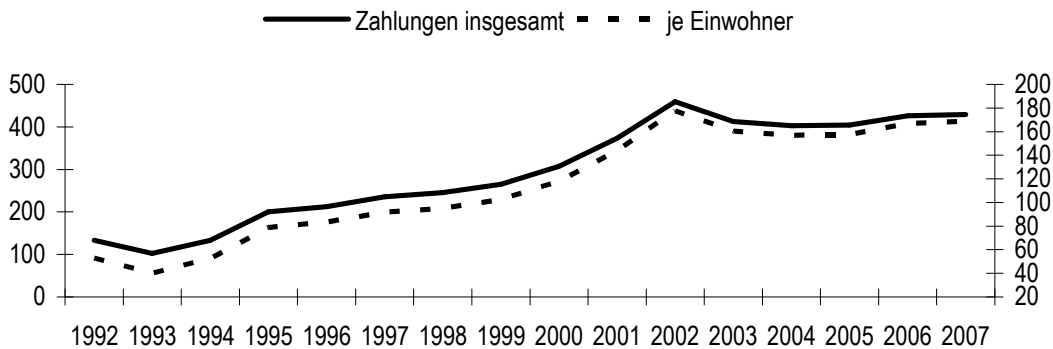
### **IV.4.1 Aufwendungen im Rahmen des AAÜG**

In der DDR gab es für verschiedene Berufsgruppen (z. B. Künstler, Staatsbedienstete, Ärzte) neben dem allgemeinen Rentenversicherungssystem ein breites Spektrum von Zusatzversorgungssystemen. Die Ansprüche der Versicherten an diese Zusatzversorgungssysteme wurden mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz zum 1.1.1992 (AAÜG) in die gesetzliche Rentenversicherung überführt. Dabei wurden die Ansprüche bis zur Beitragsbemessungsgrenze von der gesetzlichen Rentenversicherung übernommen. Die darüber hinausgehenden von der Rentenversicherung zu erfüllenden Ansprüche werden durch Erstattungen des Bundes (rd. 1/3) und der neuen Länder (rd. 2/3) an die Rentenversicherung übernommen. Für die sich aus dem Sonderversorgungssystem der DDR für bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes ergebenden Leistungen übernehmen ferner der Bund (Zoll, Staatssicherheit, Armee) und die Länder (Polizei, Feuerwehr, Justiz) jeweils die vollen Kosten. Dabei werden die Leistungen der Rentenversicherungsträger grundsätzlich vom Bund erstattet. Die Länder (einschl. einem rechnerischen Anteil für Berlin-Ost) wiederum erstatten ihre Anteile an den Bund. Nach §15 Abs. 4 AAÜG werden diese Erstattungen nach der Einwohnerzahl im „Beitrittsgebiet“ auf die Länder verteilt.

Die AAÜG-Zahlungen sind nicht vergleichbar mit den Pensionslasten der westdeutschen Länder, da vor allem in der Zusatzversorgung viele Berufsgruppen aus der ehemaligen DDR versorgt werden, die nicht dem öffentlichen Sektor zugerechnet werden können. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Bereich der „technischen Intelligenz“, in dem in den letzten Jahren erhebliche Kostensteigerungen zu beobachten sind. Vor diesem Hintergrund handelt es sich bei den AAÜG-Zahlungen zumindest zu einem Teil um eine teilungsbedingte Sonderlast, die alle neuen Länder gleichermaßen belastet. Die Ausgaben für AAÜG-Leistungen sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen und binden einen erheblichen Teil von Haushaltsmitteln des Landes (vgl. Abbildung IV.4.1). Im Jahr 2007 betragen die Ausgaben im Rahmen des AAÜG rd. 429 Mio. € und sind damit im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Dies entspricht rd. 29 % der empfangenen SoBEZ. Es ist davon auszugehen, dass sich die Ausgaben in den kommenden Jahren auf ähnlich hohem Niveau weiter stabilisieren werden. Im Rahmen der Vereinbarung zwischen dem Bund und den ostdeutschen Ländern zum Korb 2 des Solidarpaktes II vom 29.11.2006 (s. Kapitel VI) wurde auch eine Einigung zu den zukünftigen AAÜG-Lasten erzielt. Danach wird der bisherige Finanzierungsanteil des Bundes von 33,3 % auf 36 % im Jahr 2008, 38 % im Jahr 2009 und 40 % ab dem Jahr 2010 angehoben. Auf Grundlage des laufenden Haushalts und der aktuellen Finanzplanung belaufen sich die Entlastungen für das Land Brandenburg für das Jahr 2008 auf 11,3 Mio. €, für das Jahr 2009 auf 19,8 Mio. €, für das Jahr 2010 auf 28,3 Mio. €. Die gleiche Summe ist auch für das Jahr 2011 veranschlagt. Die verbleibende Nachweislücke bei den empfangenen SoBEZ in Höhe von rd. 43 Mio. € würde durch die Anrechnung der Leistungen nach dem AAÜG in 2007 vollständig verschwinden und sogar zu einem um 386 Mio. € überhöhten Nachweis führen.

**Abbildung IV.4.1:** Zahlungen des Landes Brandenburg an den Bund für Leistungen im Rahmen des AAÜG insgesamt in Mio. Euro und in Euro je Einwohner

Mio. Euro insgesamt: linke Skala; Pro-Kopf-Angaben: rechte Skala



Quelle: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Kassenstatistik bis 2001, ab 2002 Jahresabschlüsse des Landeshaushalts

#### IV.4.2 Kommunale Altschulden

Neben den Leistungen nach dem AAÜG müssen weitere teilungsbedingte Sonderlasten wie z. B. die Zins- und Tilgungsleistungen für kommunale Altschulden getragen werden, die ausschließlich die ostdeutschen Länder betreffen und durch die aus kommunalen Altkrediten herrührenden Verbindlichkeiten für gesellschaftliche Einrichtungen abgetragen werden sollen. Dieser zu entrichtende Betrag an den Bund beträgt in den Jahren 2005 bis 2008 jeweils rd. 27 Mio. € und von 2009 bis 2011 jährlich rd. 1,7 Mio. €.

#### IV.5. Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur und Haushaltskonsolidierung

Die Lage des Brandenburger Haushalts hat sich zwar, wie die Ausführungen zeigen, verbessert, jedoch besteht nach wie vor eine erhebliche Lücke zu den westdeutschen Vergleichsländern. Neben der Herausforderung zur Schließung der Infrastrukturlücke gibt es eine Reihe weiterer spezifischer Probleme zu beachten, wie die Zinslasten aus den hohen Kreditaufnahmen in den Aufbaujahren 1991 bis 1995 und die Belastungen aus den AAÜG-Sonder- und Zusatzversorgungssystemen, die den öffentlichen Haushalt trotz der vereinbarten Entlastung der Länder weiter langfristig belasten. Trotz der derzeit steigenden Steuereinnahmen wird die überproportionale Finanzausstattung durch sinkende Zuschüsse und Zuweisungen insgesamt zurückgehen. Daher kann die Kompensation nur über die Stärkung der eigenen Einnahmen hinaus durch beständige Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite begleitet werden.

Dieser Aufgabe stellt sich Brandenburg seit Jahren, in dem das Land Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur auf Landes- und Kommunalebene in Verbindung mit Kürzungen im Bereich der Ausgaben eingeleitet hat. Begleitet wird dieser Prozess durch eine strenge Haushaltsführung.

Mit dem Inkrafttreten des Doppelhaushalts 2008/2009 und dem Beschluss der Landesregierung zur Finanzplanung bis 2011 wurden weitere Schritte zur Haushaltskonsolidierung umgesetzt. Infolgedessen und aufgrund der steigenden Steuereinnahmen konnte die Obergrenze der Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 2008 gegenüber dem Vorjahr um 352 Mio. € auf 208 Mio. € gesenkt werden. Für das Haushaltsjahr 2009 ist eine weitere Reduzierung um 101 Mio. € auf 107 Mio. € geplant. Für die Folgejahre ab 2010 ist vorgesehen, ohne eine Nettokreditaufnahme auszukommen.

Auf der Grundlage des Doppelhaushalts 2008/2009 wird die Personalbedarfsplanung über die bisherige Planung bis 2010 nun bis 2012 fortgeschrieben. Die Stellen der unmittelbaren Landesverwaltung reduzieren sich dem entsprechend von 56.971 in 2006 auf 47.826 Stellen in 2012. Die Personalausgabenquote, die in 2007 mit 20,8 % schon um mehr als 4 % gegenüber 2003 gesunken ist, wird mit dem Haushalt 2009 auf 21 % leicht steigen. Dies ergibt sich vorrangig aus der Ost-West-Anpassung der Besoldungen und Entgelte in 2008 für die unteren Einkommensbereiche. Ab 2010 ist bedingt durch die Anpassung der oberen Einkommensbereiche ein nochmaliger Anstieg der Personalausgaben zu verzeichnen. Die Reduzierung der Anzahl der Stellen in der Brandenburger Landesverwaltung kann dort nur anteilig entgegenwirken. Dabei sind auch die aufgrund von Organisationsentscheidungen und Haushaltsumstrukturierungen ausgelagerten Haushalte in die Maßnahmen einbezogen.

Insgesamt ist es mit dem Doppelhaushalt 2008/2009 gelungen, die prognostizierten Steuermehreinnahmen vorwiegend zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen und die Ausgaben im Wesentlichen konstant zu halten. Gleichzeitig konnten die Ausgaben in den prioritären Bereichen Wissenschaft und Bildung sogar mit einer partiellen Steigerung veranschlagt werden. Im Bereich der Priorität Wirtschaft dagegen führen geringere Zuweisungen des Bundes und der EU zu sinkenden Ansätzen. Diese prioritären Bereiche insgesamt bilden die Grundlage für die Sicherung und Verbesserung der Wirtschaftskraft des Landes Brandenburg, um letztlich die Eigenfinanzierungskraft des Landes zu erhöhen. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen bei den Steuereinnahmen und der zwischenzeitlich beschlossenen Steuerrechtsänderungen einschließlich der Auswirkungen der Unternehmensteuerreform steigt die Steuerdeckungsquote von 55,7% im Berichtsjahr 2007 lt. beschlossener Finanzplanung auf 60 % in 2011.

## V. Maßnahmen zur Schließung der Infrastrukturlücke

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einem Gutachten<sup>1)</sup> die Infrastrukturausstattung der ostdeutschen Flächenländer quantifiziert und mit der in den westdeutschen Ländern verglichen. Zentrales Ergebnis war, dass die ostdeutschen Länder Ende 1999 einen Infrastrukturkapitalbestand (gemessen am Brutto-Anlagevermögen je Einwohner zu Preisen von 1991) in Höhe von 69,9 % des Vergleichswertes aller westdeutschen Flächenländer und in Höhe von 74,3 % des Wertes der finanzschwachen Westflächenländer hatten. Wären die kommunalen Gemeinschaftsdienste (insbesondere Abwasserentsorgung), Wirtschaftsunternehmen usw. einbezogen worden, hätte sich die Infrastrukturkapitalausstattung sogar auf 57,1 % bzw. 62,4 % reduziert.<sup>2)</sup>

### V.1 Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke

Basierend auf dem Gutachten des DIW wird im Folgenden dargestellt,

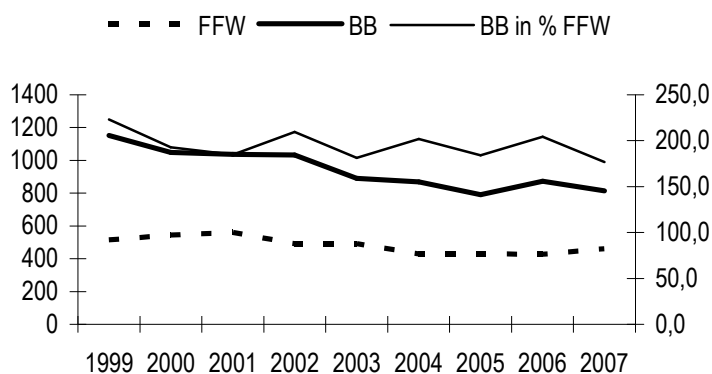
- ob und in welchem Umfang die Investitionstätigkeit im Land Brandenburg einen Beitrag zum Schließen der Infrastrukturlücke geleistet hat und
- ob die Infrastrukturinvestitionen primär in die Bereiche geflossen sind, die durch eine besonders markante Infrastrukturlücke gekennzeichnet sind.

Dabei wird die erste Frage auf zwei Ebenen untersucht:

1. Darstellung der aggregierten Investitionsdaten im Vergleich zu den FFW und
2. Analyse der Investitionsaktivität nach Aufgabenbereichen.

Das Volumen der investiven Ausgaben auf der Ebene des konsolidierten Haushalts des Landes Brandenburg und seiner Gemeinden lag im Berichtsjahr im Vergleich zu den FFW mit rd. 814 € je Einwohner um über 77 % über den vergleichbaren Ausgaben der FFW von rd. 461 € je Einwohner (vgl. Abbildung V.1.1).

**Abbildung V.1.1:** Pro-Kopf-Investitionsausgaben (Landes- und Gemeindeebene) in Euro



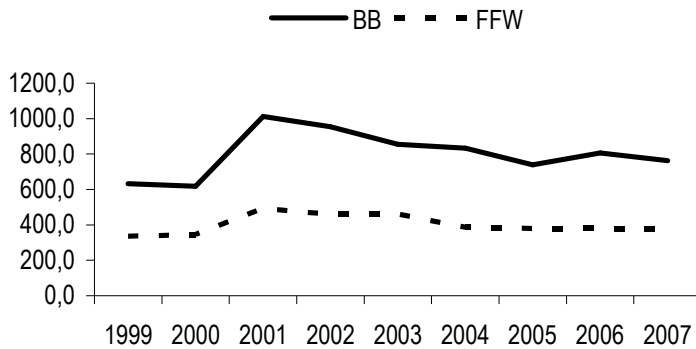
Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckwerte, eigene Berechnungen

<sup>1)</sup> DIW (2000), Infrastrukturausstattung und Nachholbedarf in Ostdeutschland, Berlin 2000.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu Tabelle 5 im DIW-Gutachten.

Die Infrastrukturinvestitionen je Einwohner überstiegen mit rd. 762 Euro je Einwohner die vergleichbaren Ausgaben der FFW in Höhe von 376 €/Einwohner und liegen damit mehr als doppelt so hoch (vgl. Abbildung V.1.2). Dieser relative Abstand ist in den vergangenen Jahren im Ganzen gesehen stabil, trotz der gegenüber 2001 sowohl in Brandenburg als auch in den Vergleichsländern gesunkenen Pro-Kopf-Investitionsausgaben. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre lag der Überschuss an Investitionsausgaben für die Infrastruktur bei rd. 102%, so dass – insbesondere auch vor dem Hintergrund des deutlich höheren Ersatzinvestitionsbedarfs in den FFW – die Schließung der Infrastrukturlücke weiter vorangekommen ist.

**Abbildung V.1.2:** Pro-Kopf-Infrastrukturinvestitionsausgaben (Landes- und Gemeindeebene) in Euro



Quelle: BMF, Finanzwirtschaftliche Eckwerte, eigene Berechnungen

Hinsichtlich der Frage nach der Investitionsstruktur wird in Tabelle V.1.1 die Verteilung der Infrastrukturinvestitionsausgaben auf die einzelnen Kerninfrastrukturbereiche für das Jahr 2007 nach der im Rahmen der Kassenstatistik verfügbaren Statistik der „Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Baumaßnahmen nach Aufgabenbereichen und Ländern“ <sup>1)</sup> dargestellt, um die Struktur der Infrastrukturinvestitionsaktivität nach Aufgabenbereichen am aktuellen Rand zu bewerten. Zwar hat diese Statistik diverse Nachteile, da sie

1. nur eingeschränkt mit der Aufgabenbereichsabgrenzung des DIW-Infrastrukturgutachtens (und damit auch mit der Jahresrechnungsstatistik) vergleichbar ist,
2. sich auf die Bauinvestitionen beschränkt und
3. nur eine grobe Aufspaltung der öffentlichen Aufgabenbereiche liefert.

Da jedoch in den ostdeutschen Ländern mehr als 84 % der Sachinvestitionsausgaben auf Baumaßnahmen entfallen - in den Vergleichsländern sind es rd. 75 % -, erscheint diese Beschränkung auf die Bauinvestitionen in der Praxis nicht besonders restriktiv. Tabelle V.1.1 zeigt die Struktur der Bauinvestitionsmaßnahmen in Brandenburg (Landes- und Gemeindeebene) für das Jahr 2007 nach der Kassenstatistik. Auch im letzten Jahr ist immer noch ein erheblicher Anteil der öffentlichen Infrastrukturinvestitionen in den infrastrukturell defizitären (Straßen-) Verkehrsbereich geflossen. Für Schulen und Hochschulen liegt der Anteil der Infrastrukturinvestitionen auf einem konstanten Niveau.

<sup>1)</sup> Vgl. Tabelle 4.2 in der Fachserie 14, Reihe 2 des Statistischen Bundesamtes.

**Tabelle V.1.1:** Prozentualer Anteil der Aufgabenbereiche an den Baumaßnahmen in den Jahren von 2003 bis 2007 im Land Brandenburg (Landes- und Gemeindeebene)

	2003	2004	2005	2006	2007
Allgemeine Verwaltung	2,5	2,3	2,5	3,2	3,4
Schulen u. vorschulische Bildung	10,0	10,4	11,8	10,4	12,9
Hochschulen	4,3	5,3	4,9	4,3	4,3
Einrichtungen des Gesundheitswesens	1,5	1,0	0,8	1,1	0,0
Eigene Sportstätten	2,7	1,4	1,4	1,3	1,6
Städteplanung, Vermessung u. ä.	11,9	14,4	17,9	15,4	14,5
Wohnungsbau /-fürsorge	0,7	0,6	0,9	0,9	0,9
Straßen	30,6	29,6	23,0	23,3	23,4
Allgemeines Grundvermögen	3,2	2,9	2,5	2,0	2,3
Ver- und Entsorgungsbereiche <sup>1)</sup>	4,6	1,7	3,2	3,9	2,7
übrige Aufgabenbereiche	28,1	30,4	30,9	34,3	34,0

Quelle: Berechnet aus Angaben der Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes, Tabelle 6.2.2 der Fachserie 14 Reihe 2.

<sup>1)</sup> Hier sind enthalten Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

Ergänzend wird in Tabelle V.1.2 untersucht, in welchem absoluten Umfang das Land Brandenburg im Berichtsjahr Beiträge zur Schließung der Infrastrukturlücke im Vergleich zu den FFW geleistet hat. Dabei beschränkt sich der Vergleich auf die Aufgabenbereiche, die zu den Kerninfrastrukturbereichen zu rechnen sind, da die Investitionsstrukturen zwischen den Ländern nicht in allen Aufgabenbereichen vergleichbar sind (s. o.). Deutlich wird, dass gerade in den Bereichen mit hohen Infrastrukturfiziten die absoluten Investitionsausgaben (nur Baumaßnahmen) deutlich höher liegen als in den Vergleichsländern. So wurden im Jahr 2007 für Schulen und Hochschulen im Land Brandenburg Bauinvestitionen in einer Größenordnung von nahezu 63 € je Einwohner getätigt, während in den FFW das Volumen bei lediglich rd. 45 € je Einwohner lag. Im Straßenbau wurden in Brandenburg Investitionen im Umfang von rd. 85 € je Einwohner getätigt, in den finanzschwachen Westflächenländern waren es rd. 55 € je Einwohner. Diese deutlich höheren Investitionsausgaben führen zu einem Rückgang der Infrastrukturlücken in den einzelnen Aufgabenbereichen.

**Tabelle V.1.2:** Pro-Kopf-Bauinvestitionen nach Aufgabenbereichen (Landes- und Gemeindeebene)\*)

	BB	FFW	BB minus FFW
Allgemeine Verwaltung	13	5	8
Schulen u. vorschulische Bildung	47	40	7
Hochschulen	16	5	11
Einrichtungen des Gesundheitswesens	0	0	0
Eigene Sportstätten	6	5	1
Städteplanung, Vermessung u. ä.	52	8	44
Wohnungsbau /-fürsorge	3	1	2
Straßen	85	55	30
Allgemeines Grundvermögen	8	4	4
übrige Aufgabenbereiche	123	48	75
insgesamt	352	171	181

Quelle: Berechnet aus Angaben der Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes, Tabelle 6.2.1 der Fachserie 14 Reihe 2; Abweichungen durch Rundungsdifferenzen.

<sup>\*)</sup> ohne Abwasser- und Abfallbeseitigung, Energie- und Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen



## V.2 Zusammenfassendes Fazit zur Investitionstätigkeit im Berichtszeitraum

Die auf der Basis der amtlichen Statistik durchgeführten Berechnungen zeigen, dass die Struktur und die Höhe der Infrastrukturinvestitionsaktivität in Brandenburg im Berichtszeitraum so ausgelegt waren, dass vorrangig in jene Bereiche investiert wurde, in denen nach den Berechnungen des DIW eine erhebliche Infrastrukturlücke besteht. Dies betrifft insbesondere den Verkehrsbereich und den Bildungsbereich. Erkennbar ist zudem, dass die Höhe der Bauinvestitionsausgaben in Brandenburg nach Schwankungen in den Vorjahren derzeit immer noch deutlich in einer Größenordnung von über 58 % über den Bauausgaben der finanzschwachen Westflächenländer liegt, so dass im Berichtszeitraum die Schließung der Infrastrukturlücke weiter vorangekommen ist.

Von den insgesamt 363 €/Einwohner, die das Land Brandenburg im Rahmen des SoBEZ-Nachweises für Investitionen eingesetzt hat, entfielen 39 €/Einwohner auf die Förderung von Investitionsmaßnahmen in Krankenhäusern und gleichgestellten Einrichtungen. Weitere 34 €/Einwohner wurden zur Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ eingesetzt. Dies umfasst sowohl die Förderung von kommunalen Infrastrukturmaßnahmen als auch von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft. Des Weiteren wurden im Landwirtschaftsbereich 10 €/Einwohner eingesetzt, um Investitionsvorhaben im Rahmen der verschiedenen EU- und Bundesprogramme (EAGFL-A, INTERREG, FIAF, LEADER+, GAK) gegen zu finanzieren. Für Programme der Stadtentwicklung und der Wohnungsbauförderung setzte das Land insgesamt 33 €/Einwohner seiner Investitionsmittel ein, weitere 15 €/Einwohner flossen in die Sanierung ehemaliger Braunkohletagebaue. Für die Straßenplanung und den Straßenbau wurden 2007 von Brandenburg 34 €/Einwohner bereitgestellt. Im Bereich des Hochbaus beliefen sich die Investitionsausgaben auf 44 €/Einwohner, wobei die Schwerpunkte der Baumaßnahmen bei den Hochschulen sowie im Justiz- und Polizeibereich lagen. Schließlich gewährte das Land den Gemeinden und Landkreisen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs investive Schlüsselzuweisungen in Höhe von 128 €/Einwohner. Die Kommunen können diese Mittel nach eigener Prioritätensetzung für investive Zwecke verwenden.

## VI. Leistungen des Bundes im Rahmen des Korbes II des Solidarpaktes 2

Nach der Entschließung von Bundesrat und Bundestag zum bundesstaatlichen Finanzausgleich und zum Solidarpakt II im Juli 2001 hat der Bund den ostdeutschen Ländern zugesagt, ihnen während der Laufzeit des Solidarpakt II im Vergleich zu den westdeutschen Ländern überproportionale Leistungen in Höhe von rd. 51 Mrd. € als Zielgröße zur Verfügung zu stellen. Unter diesen so genannten Korb II fallen u. a. die investiven Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen, der Bundesanteil an der Investitionszulage sowie die investiven EU-Mittel an die ostdeutschen Länder im Rahmen des EFRE.

In einer politischen Vereinbarung haben sich Bund und ostdeutsche Länder am 29. November 2006 auf eine einvernehmliche Abgrenzung der in den Vereinbarungen zum Solidarpakt II nicht näher konkretisierten Korb II-Leistungen verständigt. Die Verständigung wurde von der Ministerpräsidentenkonferenz Ost am 30.11.2006 und vom Bundeskabinett am 13.12.2006 bestätigt. Gegenstand des Korbs II sind danach derzeit Leistungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Förderung von Innovation, FuE, Bildung, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau, EU-Strukturfonds, Beseitigung ökologischer Altlasten sowie Sport.

Das Korb-II-Volumen beläuft sich insgesamt auf rd. 51,4 Mrd. €. Dabei orientiert sich die Verteilung der Mittel auf den Gesamtzeitraum von 2005 bis 2019 an einer Finanzprojektion, die analog zu den SoBEZ degressiv ausgestaltet ist, womit auch der fortschreitende Aufbau-Ost-Prozess reflektiert werden soll. Um im Hinblick auf neue Bedarfssituationen und Politikausrichtungen anpassungsfähig zu bleiben, wurde auf eine exakte Ausgestaltung der überproportionalen Leistungen bis zum Jahr 2019 verzichtet. Mittel aus den EU-Strukturfonds werden entsprechend der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ab dem Jahr 2014 nicht mehr auf den Korb II angerechnet. Insgesamt werden folgende Jahresraten zugrunde gelegt:

**Tabelle VI.1** Finanzprojektion zum Korb II in Mrd. €

<b>Jahr</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
<b>Betrag</b>	5,8	5,1	4,7	4,5	4,5	4,5	4,2	3,8
<b>Jahr</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>	<b>2019</b>	
<b>Betrag</b>	3,7	1,9	1,9	1,7	1,7	1,7	1,7	

Quelle: BMF-Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten Berichtsjahr 2006

Der Bund wird bis zum Jahr 2020 jährlich über die im Vorjahr für die ostdeutschen Länder (einschl. Berlin) erbrachten Korb-II-Leistungen im Rahmen seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost“ berichten. Dieses hat der Bund erstmals in seiner Stellungnahme zu den Fortschrittsberichten „Aufbau Ost 2006“ für die Jahre 2005 und 2006 getan. Die Stellungnahme bezieht sich ausschließlich auf die Politikfelder ohne Projekt- und Länderbezug.

Im Jahr 2005 hat der Bund insgesamt Zahlungen an alle Länder in den genannten Politikfeldern i. H. v. Rd. 14,0 Mrd. € geleistet. Davon flossen rd. 7,8 Mrd. € an die Gesamtheit der ostdeutschen Länder bzw. 1,15 Mrd. € an das Land Brandenburg. Rd. 792 Mio. € entfielen davon auf die überproportionalen Leistungen entsprechend der Vereinbarung zum Korb II.

Für das Jahr 2006 können folgende überproportionale Leistungen im Rahmen des Korbs II an das Land Brandenburg dargestellt werden (Tabelle VI.2):

**Tabelle VI.2**

Überproportionale Leistungen des Bundes an die ostdeutschen Länder und Berlin im Jahr 2006

Angaben gerundet	Brandenburg		ostdeutsche Länder einschl. Berlin	westdeutsche Länder insgesamt
	Ist	überproport. Zuweisungen	Ist	Ist
Jahresdurchschnitt 2006	2.553.627		16.694.123	65.682.327
<b>1. Politikfeld Wirtschaft</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	196,9	176,6	1.258,0	523,2
in Euro je EW	77,1	69,2	75,4	8,0
<b>2. Politikfeld Verkehr*</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	211,0	46,1	1.560,3	2.280,5
in Euro je EW	82,6	18,1	41,1	20,2
<b>3. EU-Strukturfonds (indikative Planung)</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	413,9	401,1	2.322,7	329,0
in Euro je EW	162,1	157,1	139,1	5,0
<b>4. Politikfeld Wohnungs- und Städtebau</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	109,0	95,2	652,3	355,4
in Euro je EW	42,7	37,3	39,1	5,4
<b>5. Politikfeld Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	179,9	38,8	1.322,8	3.628,2
in Euro je EW	70,4	15,2	79,2	55,2
<b>6. Politikfeld Beseitigung ökolog. Altlasten, Standortsanierung</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	7,1	7,1	31,0	0,0
in Euro je EW	2,8	2,8	1,9	0,0
<b>7. Sport</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	5,0	4,7	18,0	6,0
in Euro je EW	2,0	1,8	1,1	0,1
<b>Leistungen des Bundes insgesamt</b>				
Zuweisungen in Mio. Euro	1.122,8	546,9	7.165,1	7.122,3
in Euro je EW	439,7	214,2	429,2	108,4
*) Bei der Berechnung der überproportionalen Leistungen wird bei den hier enthaltenen Verkehrsprogrammen "Verkehrsprojekte Deutsche Einheit" und "Regionalisierungsmittel" ein Flächenschlüssel zugrunde gelegt.				

Quelle: Berechnet nach Angaben der ZDL

Für Einzelheiten sei auf den Anhang verwiesen.

## VII. Zusammenfassende Bewertung

Unter Verwendung von öffentlich zugänglichem und nachvollziehbarem Datenmaterial wird für das Land Brandenburg in diesem Fortschrittsbericht für das Jahr 2007 dargestellt,

- wie sich die finanzwirtschaftlichen Kerndaten des Landes und seiner Kommunen im relevanten Berichtszeitraum entwickelt haben,
- welche Anstrengungen und Beiträge das Land und seine Kommunen zur Begrenzung der Nettoverschuldung unternommen haben,
- welche Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke im Berichtszeitraum erreicht wurden,
- wie die erhaltenen SoBEZ verwendet wurden und
- welche Anstrengungen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur und Haushaltskonsolidierung eingeleitet worden sind.

Ergänzend werden die Korb-II-Leistungen für die Jahre 2005 und 2006 zusammenfassend dargestellt.

Anhand der vorgenannten Ausführungen wird deutlich, dass aufgrund des von der Landesregierung stringent verfolgten Konsolidierungspfades der Finanzierungssaldo der konsolidierten Landes- und Gemeindeebene im Berichtsjahr erstmals mit +273 € je Einwohner oder 694 Mio. € im positiven Bereich lag. Damit hat sich der Schuldenzuwachs des Landes auf der konsolidierten Ebene weiter verlangsamt und liegt inzwischen um 2,4 % unter dem Niveau der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (vgl. Abbildung III.3.1). Trotz des Verzichts auf eine NKA hat sich vor allem aufgrund des Einwohnerrückgangs der Schuldenstand von Land und Kommunen je Einwohner dennoch gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Weiterhin ist ein erheblicher Teil der Einnahmen für Zinsausgaben aufzuwenden. Vor diesem Hintergrund ist die weitere konsequente Konsolidierung der Landes- und Gemeindehaushalte unumgänglich, um im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik die mittel- und langfristige Handlungsfähigkeit des Landes sicher zu stellen. Dabei gilt es zugleich, die Investitionsausgaben auf überdurchschnittlich hohem Niveau zu halten, um insbesondere auch die weiterhin bestehende Infrastrukturlücke zu schließen.

Im Berichtsjahr ist es gelungen, den Anteil der investiven Verwendung der SoBEZ in Höhe von rd. 84 % (2006: 72 %) nachzuweisen. Der Anteil der SoBEZ zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft der Brandenburger Kommunen steigt im Jahr 2007 auf 12,9 %. Dies führt insgesamt zu einem SoBEZ-Verwendungsnachweis für das Berichtsjahr von rd. 97 %.

Dargestellt wurden außerdem die den Landeshaushalt Brandenburg nach wie vor in erheblichem Maße belastenden Erstattungen des Landes für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR (2007 mit 429 Mio. €). Es ist davon auszugehen, dass sich die Ausgaben für diese teilungsbedingte Sonderlast in den kommenden Jahren auf ähnlich hohem Niveau stabilisieren wird, wenn auch die Vereinbarung zwischen den ostdeutschen Ländern und dem Bund vom 29. November 2006 zu einer gewissen Entlastung führen wird. Auch die Mitfinanzierung der Altschulden auf kommunale Einrichtungen durch das Land ist mit rd. 27 Mio. € im Jahr 2007 in diesem Zusammenhang eine haushaltsmäßig nicht zu vernachlässigende Größe.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass es Brandenburg aufgrund wesentlicher Verbesserungen auf der Einnahmenseite und anhaltenden Konsolidierungsbemühungen gelungen ist, den Nachweis einer nahezu vollständigen zweckentsprechenden Verwendung der SoBEZ zu erbringen. Auch die Schließung der Infrastrukturlücke wurde von beiden öffentlichen Ebenen des Landes weiter vorangetrieben. Dabei darf nicht übersehen werden, dass das Land Brandenburg erst durch die zusätzlichen Solidarpaktmittel in die Lage versetzt wird, im Vergleich zu den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern überproportionale Investitionen vorzunehmen, um die Infrastrukturdefizite abzubauen.

## Regionalisierte Verteilung der Leistungen des Bundes im Rahmen des Korbs II für Brandenburg für 2005 und 2006

Quelle: ZDL, eigene Berechnungen, Abweichungen durch Rundungen

Regionalisierung des Korbs II für Brandenburg	2005					2006				
	Leistungen des Bundes			Überproportionale Leistungen des Bundes (Korb II)		Leistungen des Bundes			Überproportionale Leistungen des Bundes (Korb II)	
	Brandenburg	ostdt. Länder inkl. Berlin	westdt. Länder	Brandenburg	ostdt. Länder	Brandenburg	ostdt. Länder inkl. Berlin	westdt. Länder	Brandenburg	ostdt. Länder
	in € je Einw.					in € je Einw.				
<b>Politikfeld Wirtschaft</b>	<b>86,1</b>	<b>86,6</b>	<b>8,4</b>	<b>77,7</b>	<b>78,2</b>	<b>77,1</b>	<b>75,4</b>	<b>8,0</b>	<b>69,1</b>	<b>67,4</b>
Investitionszulage gewerbliche Wirtschaft (Bundesanteil)	28,2	38,0	0,0	28,2	38,0	18,5	27,3	0,0	18,5	27,3
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"	34,9	36,0	1,5	33,4	34,5	38,6	36,4	1,6	37,0	34,8
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	22,8	12,4	6,9	15,8	5,4	19,8	11,5	6,4	13,5	5,1
Investorenwerbung neue Länder (IIC)	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Absatzförderung ostdeutscher Produkte	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
<b>Politikfeld Verkehr</b>				<b>6,4</b>	<b>52,7</b>				<b>18,0</b>	<b>48,3</b>
Verkehrsprojekte Deutsche Einheit u. Regionalisierungsmittel (investiv) berechnet über Flächenschlüssel*				-4,9	39,5				-7,4	27,3
Gemeindeverkehrsfinanzierung	19,7	23,5	19,4	0,4	4,2	21,9	22,0	20,2	1,7	1,9
EFRE-Bundesprogramm, nationale Kofinanzierung	10,8	8,7	0,0	10,8	8,7	23,7	19,1	0,0	23,7	19,1
<b>EU-Strukturfonds (indikative Planung)</b>	<b>154,9</b>	<b>139,0</b>	<b>5,9</b>	<b>149,1</b>	<b>133,2</b>	<b>162,1</b>	<b>139,1</b>	<b>5,0</b>	<b>157,1</b>	<b>134,1</b>
EFRE-Länderprogramme	95,7	95,0	5,9	89,8	89,1	100,0	93,1	5,0	95,0	88,1
EFRE-Bundesprogramm	18,1	14,6	0,0	18,1	14,6	18,9	15,2	0,0	18,9	15,2
Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft	40,7	29,1	0,0	40,7	29,1	42,7	30,4	0,0	42,7	30,4
Finanzierungsinstrument für die Ausrichtung der Fischerei	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4
<b>Politikfeld Wohnungs- und Städtebau</b>	<b>62,0</b>	<b>59,3</b>	<b>5,4</b>	<b>56,6</b>	<b>53,9</b>	<b>42,7</b>	<b>39,1</b>	<b>5,4</b>	<b>37,3</b>	<b>33,7</b>
Investitionszulage Wohnungsbau (Bundesanteil)	16,3	21,9	0,0	16,3	21,9	5,0	7,4	0,0	5,0	7,4
Finanzhilfen Städtebauförderung	23,1	19,8	2,1	21,1	17,7	22,3	18,3	2,4	19,9	15,9
Altschuldenhilfegesetz	13,5	10,6	0,0	13,5	10,6	8,2	7,8	0,0	8,2	7,8
Finanzhilfen Wohnungsbau	9,1	7,1	3,3	5,8	3,8	7,1	5,6	3,1	4,1	2,5
<b>Politikfeld Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung</b>	<b>67,0</b>	<b>78,6</b>	<b>52,9</b>	<b>14,2</b>	<b>25,7</b>	<b>70,4</b>	<b>79,2</b>	<b>55,2</b>	<b>15,2</b>	<b>24,0</b>
Gemeinschaftsaufgabe "Hochschulbau"	8,2	12,4	10,9	-2,7	1,5	7,0	8,9	11,8	-4,8	-2,9
Gemeinschaftsaufgabe "Bildung und Forschung"	48,0	51,5	41,1	6,9	10,4	53,0	55,4	42,3	10,7	13,1
Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen (FUTOUR)	1,7	0,7	0,0	1,7	0,7	0,7	0,3	0,0	0,7	0,3
Förderung innovativer Wachstumsträger (INNO-WATT)	3,5	5,6	0,0	3,5	5,6	3,4	5,2	0,0	3,4	5,2
Netzwerkmanagement Ost (NEMO)	0,4	0,4	0,0	0,4	0,4	0,3	0,4	0,0	0,3	0,4
Unternehmen Region	2,1	4,4	0,0	2,1	4,4	2,0	4,6	0,0	2,0	4,6
PRO INNO	3,0	3,5	0,9	2,2	2,7	3,7	4,1	1,0	2,7	3,1
High-Tech Gründerfonds	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,3	0,4	0,1	0,3	0,3
<b>Politikfeld Beseitigung ökogischer Altlasten, Standortsanierung</b>	<b>3,5</b>	<b>2,2</b>	<b>0,0</b>	<b>3,5</b>	<b>2,2</b>	<b>2,8</b>	<b>1,9</b>	<b>0,0</b>	<b>2,8</b>	<b>1,9</b>
Zuwendungen an die Wismut GmbH	0,0	0,7	0,0	0,0	0,7	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6
Zuwendungen an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Zuwendungen an die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben (GVV)	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,3	0,0	0,0	0,3
Zuwendungen an die Energiewerke Nord (EWN)	3,4	1,3	0,0	3,4	1,3	2,7	0,9	0,0	2,7	0,9
<b>Sport</b>	<b>2,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,2</b>	<b>2,2</b>	<b>0,7</b>	<b>1,9</b>	<b>1,1</b>	<b>0,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,0</b>
Goldener Plan Ost	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1
Sportstättenbau Spitzensport	2,2	0,7	0,2	2,0	0,5	1,8	1,0	0,1	1,7	0,9
<b>Leistungen des Bundes insgesamt</b>	<b>375,9</b>	<b>366,6</b>	<b>72,8</b>	<b>309,7</b>	<b>346,6</b>	<b>357,0</b>	<b>335,8</b>	<b>73,7</b>	<b>301,4</b>	<b>310,4</b>
nachrichtlich: Korb II in Mio. €				792,3	5.795,4				770,8	5.180,1

\* keine Ausweisung je EW

